

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Saar- und Rheinlocher, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Normwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Provinz“, „Krautkammer“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Normwärts“ und „Bild in die Bilderszeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Normwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 18. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertikalkonto: Berlin 27 334 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin, 63; Diskontokonto: Deutsche Reichsbank, Berlin, 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Konvaleszenz-Beilage 60 Pfennig, Restloszahlend. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fette Buchstabe Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei fette Buchstabe Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Weltmarkt Seite 69 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Konvaleszenz für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Bessere Aussichten für Marx?

Besprechungen mit Scholz, Koch, Erkelenz und Hermann Müller.

Der geschäftsführende Reichskanzler Marx empfing gestern um 4 Uhr nachmittags Herrn Scholz von der Volkspartei, dann um 5 Uhr die Demokraten Koch und Erkelenz und schließlich Genossen Hermann Müller. Heute vormittag 11 Uhr will er den Grafen Westarp empfangen.

Bei den Empfängen der bürgerlichen Parteiführer sollen nach einem offiziellen Bericht nur sachliche, nicht persönliche Fragen behandelt worden sein. Das ändert nichts an der Tatsache, daß zwischen der demokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichswehrminister Dr. Gessler eine scharfe Spannung besteht. Sie ist noch verschärft worden durch einen Brief Gesslers an Koch, worin der Minister bekennend jenen Artikel des Generals Reinhard vorher gefasst zu haben, gegen den Koch wegen seines die demokratische Partei beleidigenden Inhalts den schärfsten Protest erhoben hat.

Genosse Hermann Müller erinnerte Herrn Marx an die Beschlüsse, in denen die Sozialdemokratische Partei ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Große Koalition einzutreten erklärte. Demgegenüber verweigerte Herr Marx auf einen Beschluß der Volkspartei, der die Große Koalition zurzeit ablehnt. Auf die weitere Frage, ob eine Regierung geplant sei, die nach beiden Seiten die Neutralität wahre, oder ob das geplante Kabinett eine Unterstützung von links erstrebe, antwortete Herr Marx, daß das Zentrum bereit sei, eine Regierung mit Unterstützung von links zu bilden, daß er aber nicht wisse, wie die Volkspartei zu dieser Frage stehe. Herr Marx widersprach mit großer Entschiedenheit der Behauptung der Reichspressen, Herr v. Gussard habe dem Reichspräsidenten erklärt, daß das Zentrum auch zu Verhandlungen über eine Rechtsregierung bereit sei.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratie tritt heute 4 Uhr nachmittags zusammen, die Fraktion morgen, 12 Uhr mittags.

Der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei beschränkte sich gestern darauf, Herrn Curtius für seine Bemühungen zu danken und ihr Scheitern zu bedauern. Von weiteren Beschlüssen sah er ab.

Am Reichstag wurde gestern erzählt, daß Dr. Gessler nach seinem scharfen Konflikt mit seiner eigenen Partei sich

selber aus dem Reichswehrministerium zurückziehen wolle. Darin wurde eine gewisse Erleichterung der Lage erblickt, und die Aussichten eines neuen Kabinetts der Mitte unter Marx wurden günstiger beurteilt. Ob dieser Optimismus berechtigt ist, wird von den weiteren Beschlüssen der Volkspartei und der Sozialdemokratie abhängen.

Westarps aktiver Monarchismus.

In den gestrigen Verhandlungen spielte auch die letzte Sonntagsrede Westarps eine erhebliche Rolle. Namentlich in der Volkspartei soll es stark verärgert haben, daß sich der deutsch-nationale Parteiführer nach den Erklärungen, die er Herrn Curtius abgegeben hatte, so geäußert hat, wie im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und in T. L. zu lesen stand. Nun will es der Graf aber wieder nicht gewesen sein. Er bezeichnet, wie die „Tägliche Rundschau“ beruhigend mitteilt, den Text der ihm so nahestehenden Organe als „nicht authentisch“.

Stegerwald.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, hat in den letzten Tagen eine heftige Kampagne gegen Marx für Stegerwald geführt, und diesen zum Kanzlerkandidaten des Bürgerblocks ausgerufen. Daß dies nicht in Einklang mit Herrn Stegerwald geschahen ist, geht aus der Rede hervor, die er am Sonntag in Köln gehalten hat, und wird auch noch von der „Germania“ ausdrücklich festgestellt. Stegerwalds Rede und die Haltung der „Deutschen“ zeigen die starke Spannung innerhalb der christlichen Gewerkschaften.

Wenn übrigens die „Germania“ — und noch größer, der „Deutsche“ — es so hinstellt, als hätten wir Herrn Stegerwald dadurch, daß wir ihn als „gewesenen Tischler“, bezeichneten, herabschrecken wollen, so ist das eine Methode der Polemik, die keine Nachahmung verdient. Wir haben festgestellt und wiederholt es, das Stegerwald als gewesener Tischler überhaupt keine Möglichkeit hätte, zu den höchsten Postern emporzusteigen, ohne die Arbeit der Sozialdemokratie, die die Barrieren des alten Vorrechtsstaates zertrümmert hat. Wir nehmen auch nicht an, daß es einem christlichen Arbeiterführer peinlich sein kann, wenn er daran erinnert wird, daß auch er einmal an der Hobelbank oder am Schraubstock gestanden hat. Wäre das der Fall — nun dann wäre das für uns ein Grund mehr, ihn recht oft daran zu erinnern, woher er kommt und wohin er gehört.

deutschen Vorschläge wird der deutschen Delegation in aller Kürze übermittelt werden.

Arbeitslosendemonstration in Paris.

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fand auf den großen Boulevards eine Demonstration von etwa 2000 durch die Wirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Hotel- und Gasthausangestellten statt, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führte. Die Manifestanten begaben sich, von der Polizei zerstreut, darauf in kleineren Gruppen nach der Arbeitsbörse, wo eine Versammlung stattfand, vor welcher der Sekretär der Nahrungsmittelgewerkschaft schnelle Hilfe für die Arbeitslosen der Nahrungsmittelbranche verlangte, die allein in Paris und Umgebung 20 000 Arbeitslose zählt. Am Montagabend übermittelte eine Delegation dem Polizeipräsidenten die Wünsche der Gewerkschaften.

Belgiens neuer Vertrag mit China.

Brüssel, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In Belgiens Haltung gegenüber China ist eine sensationelle Wendung eingetreten. Auf Verlangen der Peking Regierung wurden am Montag Verhandlungen über einen neuen belgisch-chinesischen Vertrag auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung in Peking aufgenommen. Gleichzeitig erklärte die belgische Regierung, ihr beim Haager Schiedsgericht gegen die durch China erfolgte Nichtigkeitsklärung des bestehenden Vertrages eingeleiteten Verfahren einstellen zu lassen. Damit fügt sich Belgien so ziemlich allen Forderungen Chinas.

Zußerdem erzählt der Vertreter des „Soz. Pressebüros“ in Brüssel, daß bei der Eröffnung der Verhandlungen in Peking ein weiteres recht sensationelles Zugeständnis von Belgien angefordert worden ist. Offenbar liegt der belgischen Regierung sehr daran, jetzt, wo die Beziehungen der Mächte zu China wegen Schanghai zu ernstlichen Verwicklungen führen können, durch gütliche Regelung der Verhältnisse im Fall einer Verschlimmerung der allgemeinen Lage unbeteiligt zu sein. Brüssel legt Wert auf die Erklärung, daß die Verhandlungen mit Peking keineswegs eine Parteinahme gegen Kanton bedeuten. Im Gegenteil ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Kanton sowohl von der Peking Regierung wie von Belgien über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet wird.

Noch immer Gegensatz Briand-Poincaré.

Außenpolitische Generaldebatte oder nur Ausschüßberatungen?

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch mit dem Beschluß des letzten Kabinettsrats die Debatte über die auswärtige Politik und die Krise Poincaré-Briand vorläufig beigelegt schien, so geht die Polemik in der Presse für oder gegen Briand weiter und scheint in den nächsten Tagen heftiger als je wieder aufzuleben. Die Kommissionen des Auswärtigen von Kammer und Senat haben den ausdrücklichen Wunsch geäußert, ein Exposé Briands über seine Politik zu hören. Briand wird am Mittwoch vor der einen und einige Tage später vor der anderen erscheinen. Man erwartet aber den Eindruck, daß es schwer sein wird, die Ausprüche auf dieses Exposé zu beschränken und dem Wunsch zahlreicher parlamentarischer Kreise nach einer Generaldebatte aus dem Wege zu gehen.

Trotzdem gehen Poincaré und einige seiner Minister ihren Widerstand nicht auf und wollen noch wie vor von einer Generaldebatte nichts wissen, die die gegenwärtige parlamentarische Mehrheit der Regierung einer starken Belastungsprobe, ja vielleicht vor aller Welt den außenpolitischen, innerhalb des „Kabinetts der nationalen Einheit“ bestehenden Gegensatz zutage treten ließen. Die Frage der Notwendigkeit einer solchen Generaldebatte wird deshalb am Dienstag noch einmal vom Ministerrat erörtert werden. Man darf gespannt sein, ob es Poincaré tatsächlich gelingen wird, seinem Außenminister zu unterlagen, die Debatte vor das Parlament zu tragen und dieses gleichzeitig in seinem ureigensten Recht zu beschneiden.

Die deutschen Vorschläge zwar „ungenügend“, aber der gute Wille anerkannt.

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Interalliierte Militärkomitee hat am Montag nachmittags eine neue Sitzung hinsichtlich der deutschen Entwaffnung abgehalten. Davon anschließend wurde an französischer zuständiger Stelle in den Abendstunden erklärt, daß nach Ansicht des Militärkomitees die neuen deutschen Vorschläge zwar „unzulänglich“ seien, daß aber das Komitee mit Beugung von den ersten Bemühungen Deutschlands, zu einer Einigung zu gelangen, Kenntnis genommen hat. Die Antwort des Militärkomitees auf die

Indisches Musterlände.

Ein Maharadscha und sein Reich.

Von Franz J. Furtmängler.

Baroda, Mitte Dezember.

Schön sind die nächtlichen Bahnfahrten in diesem Lande. Die Wagenabteile, die dem Europäer zur Verfügung stehen und fast ausschließlich von ihm benutzt werden, sind geräumig wie ein gutes Zimmer und ebenso möbliert. Elektrische Ventilatoren machen die Hitze, die übrigens in diesen Monaten nicht sehr groß ist, erträglich, und wer sich des allzu reichlichen Staubes entledigen will, findet im Eisenbahnwagen nicht nur ein Waschbecken wie in Amerika und Europa, sondern ein regelrechtes Badezimmer.

Legt man sich des Abends auf sein Lager und öffnet die Fensterlücke zwei Handbreiten weit, so genießt man für Stunden das kaum unterbrochene Bild von dunkelblauem Himmel, Sternen und Palmen, und nur ab und zu tritt aus diesem Bilde der matte Lichtschein kleiner Hütten und Dörfer hervor: die ganze Szenerie wirkt wie die Landschaft eines Gemäldes von der Geburt Christi.

Baroda, wenige Stunden von Ahmedabad entfernt, ist die 100 000 Einwohner zählende Hauptstadt des gleichnamigen Staates von zwei Millionen Seelen, eines sogenannten „Ein-geborenenstaates“, der von einem indischen Fürsten nach einer Art von Feudalsystem regiert wird. Die Hauptstraße der Stadt zeigt das wimmelnd belebte Bild einer orientalischen Geschäftsstraße mit großen Schattendächern über dem ersten Stockwerk der Häuser. Die drei Baumkassipinnerien und ihre Arbeiter tauchen unter, ohne der Stadt einen besonderen Befenszug einzuprägen, ohne ihr etwas von dem Charakter eines in die Breite gewalzten Bauernhofes zu nehmen. Zweistöckige Häuser mit Holzveranden, Hütten und Ställe stehen zu beiden Seiten der breiten, von Kühen, Ziegen und Hunden besagerten Straßen.

Hat sich das Auge des dahinfahrenden Fremden mit diesem immer gleichmäßigen Anblick vertraut gemacht, so sieht er sich plötzlich in einen modernen europäischen Park mit gepflegtem Rasen und Blumenbeeten, marmornen Fontänen und Statuen versetzt. Es ist der ausgedehnte Schlosspark, in dessen Mitte der Prunkbau des Maharadscha steht — gleichfalls in europäischem Stile erbaut.

Ich hätte nie geglaubt, daß der amerikanische aussehende Gentleman, mit dem ich eines Abends auf dem Schiffe plauderte und der im Laufe der Unterhaltung sich als der Fürst von Baroda vorstellte, ein Gebäude bewohnt, das an äußerer und innerer Pracht den Wettbewerb mit den glänzendsten Fürstenschlössern Europas bestehen könnte.

So europäisch wie die Außenarchitektur sind auch die meisten der zahlreichen Innenräume. Kaum eine antike Statue unserer Museen, welche hier nicht in eburner oder steinerner Nachbildung vertreten ist. Auch hat der Maharadscha im Laufe seiner vielen Reisen eine umfassende europäische Gemäldesammlung der verschiedensten Schulen zusammengebraut, besitzt aber daneben auch viele indische Wasser- und Bildhauerwerke, die sich in der abendländischen Umgebung um so wirksamer geltend machen.

Doch erst der Elefantentanz ruft einem wieder deutlich die Erinnerung, daß man sich im Bereiche eines indischen Fürsten befindet. Da stehen zwei Dutzend Prachtexemplare von Dickhäutern, die eine Hälfte frisch gefangen, wild und böse, die andere zu fabelhaften Kunststücken abgerichtet. Wir haben einen, der nicht nur Wasser pumpt, den Fächer schwingt und allerlei Arbeiten verrichtet, sondern auch auf einer Rundharmonika schlecht und recht die englische Nationalhymne „God save the king“ spielt. Der Maharadscha wird an dieser musikalischen Leistung des imperialistischen Trampeltieres wohl unschuldig sein. Wahrscheinlich geht die Initiative dazu auf den schlauen Bärter zurück, der mit dieser Melodie das Herz und die trinkgeldpendende Hand englischer Besucher öffnet. Wir trennten uns von dem genialen Rüsselträger, nachdem wir zuvor noch die Belehrung empfangen hatten, daß seine Künstlergasse in einer Lagerstation von dreißig Pfund Gebäck und einer noch größeren Menge Grünsutter besteht.

Darauf wandten wir uns wieder der europäischen Seite des Maharadschareiches zu. Sie hat ihre Grenze nicht am Rande des Schlossparks, sondern reicht ein ganzes Stück weit ins Volk hinein. Unter allen Ländern Indiens, den indisch wie den englisch regierten, hat bisher allein der Staat Baroda — und zwar seit 20 Jahren — die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder zwischen 6 und 13 Jahren durchgeführt.

Gegenwärtig erhalten im ganzen Lande 200 000 Kinder kostenlosen Unterricht. Dieser erstreckt sich zunächst auf das Lesen und Schreiben ihrer Muttersprache: Mahratti, Gudhratti oder Urdu. Die Bücher sind im Stile der Elementargrammatiken französischer Volksschulen gehalten. Hieran reihen sich die üblichen weiteren Volksschulfächer, sowie Turnen und Handarbeit. Auch für die „Unberühmbaren“ (die niedrigsten Kasten) bestehen Schulklassen, und da diese

Unterkaften und Kastenlosen, die seit Jahrzehnten vom Volk der übrigen Kasten in grausamer Weise wie ein Auswurf behandelt wurden, durchweg sehr arm sind, so erhalten deren Kinder außer dem Unterricht auch Nahrung, Kleidung, Behausung und Lehrmittel unentgeltlich. Es besteht in Indien seit einigen Jahren eine Vereinigung mutiger Männer und Frauen, die um einer höheren Volksgemeinschaft willen sich das Ziel gesetzt haben, die Institution der „Unberührbaren“ — von der Gandhi sagt, daß durch dieses Unrecht allein Indien auch das härteste Los verdient hätte — zu zerstören. Dem letzten Kongress dieser Vereinigung präsidierte der Fürst von Baroda. In den Berufsschulen von Baroda arbeiten und speisen die Kinder aller Kasten und Religionen ohne jede Trennung nebeneinander. Merkwürdig genug, wie an der Ausrottung dieses Pestbubels der Kastenordnung in Indien so grundverschiedene Mächte wirken: der absolute Feudalherr von Baroda, Gandhi, der Prophet seines Volkes, die Gewerkschaften und — ohne es zu wollen — der Fabrikkapitalismus der Großstädte!

Die Kastenordnung war ein gewisses Hindernis, das bei der Einführung des allgemeinen Unterrichts überwunden werden mußte. Ein gewisses Hemmnis war und ist die Armut großer Teile des Volkes, die es notwendig macht, viele der Schulpflichtigen von Staats wegen zu ernähren, und als Drittes lag im Wege das besondere Vorurteil gegen den Schulunterricht der Mädchen, dem das Volk sich lange widersetzt. Wer diese Schwierigkeiten kennt, wird das kulturelle Verdienst, das in ihrer Überwindung liegt, um so höher schätzen. Niemand kann bestreiten, daß der Fürst von Baroda allen anderen Regenten des Landes, ob indischen Fürsten oder englischen Gouverneuren, ein kraftvolles Beispiel gegeben hat.

Über die Volksschulen in Baroda schrieben sich sogenannte „Mittelklassen“, in denen Englisch gelehrt wird, als nächste Stufe ein „College“ englischer Art und daneben eine Sanitätschule zur Wiedererweckung des Studiums der alten klassischen Indersprache, die man sachgemäß mit unserem humanistischen Gymnasium vergleichen könnte. Der Förderung der Industrie dient eine Gewerbeschule mit einer handwerklichen Abteilung im Sinne der deutschen Gewerbeschulen und einer technischen Abteilung, die unserem Technikum entspricht. Dieses Technikum ist ein Bau, dessen Architektur keiner deutschen Stadt Unechtheit machen würde. Für den praktischen Unterricht beider Abteilungen sind Werkstätten erbaut, in denen elektrisch betriebene Webstühle, Drehbänke und modernste Werkzeugmaschinen stehen. Es ist unsferneim als Handwerker eine Freude, diese jungen braunen Kollegen mit Fleiß und Interesse bei ihrer Arbeit zu sehen und durch das Geschick, das sie dabei entfalten, den Beweis dafür zu empfangen, daß es nur einer der unstrigen ähnlichen Schulung bedarf, um dem vielverbreiteten Gerüchte von der Leistungsunfähigkeit des indischen Arbeiters ein Ende zu machen. Die meisten Nachbeter dieser Redensart vergessen, daß es im heutigen Indien, von wenig Ausnahmen abgesehen, eine systematische Vebilungsausbildung nicht gibt, weil der importierte Industrialismus die alte Handwerkstradition des Landes im weitem Umfang gestört hat.

Ohne die Sozialdemokratie keine Regierung

Die Meinung eines deutschnationalen Parlamentarierers.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Herrn Stresemann, der neuerdings ohne die Sozialdemokratie regieren zu können glaubt, schreibt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Steiniger u. a.:

Gewiß ist die Sozialdemokratie nicht die einzige Vertreterin der Arbeiterschaft. Große Massen der Arbeiterschaft stehen außerhalb der roten Parteien. Aber ebenso gewiß ist, daß trotz der Barriere und Kluft-Standale unmittelbar nach ihnen sich zu den roten Fahnen 7-10 Millionen Stimmen be-

launten. Es steht also ein überaus gewaltiger Teil des deutschen Volkes unter jenen Fahnen. Und nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht damit zu rechnen, daß das organisatorische Gefüge dieser Massen in absehbarer Zeit zerbrochen werden oder wesentliche Abbruch erleiden wird. Ohne die Arbeiterschaft, die zum großen Teil in der Sozialdemokratie organisiert ist, ist aber ein Wiederaufbau des Reiches und eine einheitliche Haltung gegenüber dem Auslande undenkbar. Wenn der verstorbene Reichspräsident Ebert in der Tat ausgesprochen hat, es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß der Arbeiter im Staate seinen Feind sähe, so hat er eines der wahrsten Worte der deutschen Geschichte ausgesprochen. Und wenn der frühere Minister Seering ausgesprochen hat, daß die sozialistischen Arbeiter in dem Bekenntnis zur schwarzrotgoldenen Flagge ein Bekenntnis zu dem durch diese Flagge repräsentierten Staate ablegten, so war es ein Wort von der größten Bedeutung. Auf der anderen Seite ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen unter dem herrschenden Wahlrecht jemals eine absolute Stimmenmehrheit erhalten werden. Sie müssen also, wenn sie nicht in der Opposition verharren, sondern den ihnen gebührenden Einfluß gewinnen und dem Willen ihrer Wähler entsprechend sich zur Geltung bringen wollen, auf absehbare Zeit Kompromisse schließen. Wenn es nicht anders geht, auch mit der Sozialdemokratie!

Der Vorschlag, Deutschnationalen und Sozialdemokratie zusammenzubringen, kommt natürlich für unsere Partei nicht in Betracht. Immerhin zeigen die mutigen Worte Dr. Steinigers — es gehört bei den Deutschnationalen viel Mut dazu, unbequeme Tatsachen anzusprechen —, daß auch in ihren Reihen andere Urteile über die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie zu finden sind, als die von den Anhängern des Rechtsblocks verfochtenen Phrasen.

Finanzsorgen der Gemeinden.

Der vorläufige Finanzausgleich. — Die Gewerbesteuer.

Die deutschen Städte leiden außerordentlich unter dem Ansteigen der Wirtschaftskosten, die in immer größerem Maße auf sie übergehen, je mehr die Zahl der langfristigen Erwerbslosen anwächst, die nicht aus den Mitteln der staatlichen Erwerbslosenfürsorge unterhalten werden. Auch die geplante Neuordnung der Arbeitslosenhilfe durch die Erwerbslosensicherung würde nach dem Regierungsentwurf keine Erleichterung, sondern eine Erhöhung bringen, da die Dauer der Unterhaltungszeit in der Gesetzesvorlage auf 26 Wochen begrenzt ist, während es früher, wenn nicht der überwiegende Teil der jetzt Erwerbslosen länger arbeitslos ist oder in den kommenden Monaten aus der Staatsfürsorge ausscheidet. Die nicht von der staatlichen Fürsorge oder später von der Versicherung erhaltene Arbeitslosen fallen in erhöhtem Umfange den Gemeindefinanzen dadurch zur Last, daß diese 25 Proz. der Arbeitslosen fürsorge zu tragen haben.

Nach den Erhebungen des Deutschen Städtetages müssen allein die preußischen Städte über 50 000 Einwohner damit rechnen, daß sie in diesem Jahre insgesamt ein Defizit von 120 Millionen Mark haben. Der größte Teil davon geht zurück auf das Anwachsen der Ausgaben für Volkswohlfahrt. Man muß damit rechnen, daß die Gemeindefinanzen infolge der steigenden Werten durch eine Erhöhung der Entlohnung von Beamten, Arbeitern und Angestellten künftig noch stärker in Anspruch genommen werden als bisher. In Ausgaben ist schon deshalb nichts einzusparen, weil die Aufgaben der Gemeinden durch Reichs- und Landesgesetze bestimmt worden und die Steuererträge schon genügend angespannt ist. Statt einer notwendigen Erhöhung ihrer Einnahmen droht aber den Städten ein Abbau ihrer Einkommensquellen. Die bisher gewährte Sondergarantie des Anteils der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll beseitigt werden. Dieser Plan schneidet außerordentlich tief in die Gestaltung der kommunalen Finanzverhältnisse ein; da nämlich bisher die Erträge der Umsatzsteuer in Preußen vorwiegend zum Lastenausgleich innerhalb der verschiedenen in Anspruch genommenen Gemeinden verwendet wurden, werden gerade die stark befallenen Gemeinden, die an den Erträgen

nissen der Einkommensteuer weniger teilnehmen, durch die Neuordnung besonders in Mitleidenhaft gezogen.

Aus diesen Gründen werden die Gefahren der vorläufigen Neuordnung auch dadurch nicht herabgemindert, daß die bisherige Gesamtgarantie des Reiches für die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus Einkommen- und Körperschaftsteuer um 300 Millionen Mark erhöht werden soll. Erreicherungswelt ist der Plan, die Getränkesteuer der Gemeinden zu beseitigen, zunächst wieder um ein Jahr hinausgeschoben worden. Man verfährt es immer wieder mit vorläufigen Lösungen zum endgültigen Finanzausgleich. Das Bedenkliche aber dabei ist, daß durch einige der jetzt vom Reich und den Ländern geplanten Maßnahmen ein Teil der endgültigen Lösung vorweggenommen wird, ohne daß man weiß, wie sich auf die Dauer die Finanzlage der Gemeinden gestalten wird.

Das gilt für die geplante Beseitigung der Umsatzsteuergarantie durch das Reich, das gilt aber nach Ansicht des Städtetages auch für die Neuordnung der Gewerbesteuer, die jetzt durch Preußen in Angriff genommen wurde. Einnahmeausfälle der Gemeinden entstehen durch die vorgeschlagene Herabsetzung der Gewerbesteuer auf die Hälfte. Starke Verminderungen des Steuerertrages sind davon zu erwarten, daß die Betriebe ihre Miet- und Pachtzinsen als Gewerbesteuerpflichtige dem Ertrag nicht hinzuzurechnen brauchen. Der ganze Charakter der Gewerbesteuer wird durch diese Vorfälle wesentlich geändert. Während sie früher eine Realsteuer war, die der Stadt einen Gegenwert für die durch den Gewerbetrieb entstehenden Kosten der Gemeinde bieten sollte, wird sie jetzt der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen mehr und mehr angepaßt, wird also zu einer Personalsteuer umgewandelt, obwohl dazu nicht der geringste Anlaß vorliegt. Ob doch bisher die Härteparagrafen die Möglichkeit, unwillkommene Benachteiligungen der Gewerbetreibenden nach Möglichkeit einzuschränken, während die beabsichtigte Neuordnung große Einnahmen von Gewerbetrieben der Steuer entzieht.

Wenn man jedoch die Einnahmen der Städte aus diesen Steuerquellen mindert, die ihnen auferlegten Aufgaben beibehält und seinen Ausgleich für die wachsenden Kosten der Gemeindehaushalte bietet, so wird auf die Dauer die Leistungsfähigkeit der Gemeinden bedroht. Im ganzen genommen ist das Defizit der Städte, das man bisher festgestellt hat, gemein an den Ausgaben des Reiches und der Länder, nicht einmal überwältigend hoch. Im einzelnen Gemeindehaushalt läßt es sich jedoch unter den gegebenen Umständen nicht mehr ausgleichen. Dann bleibt als letztes Mittel die Erhöhung der Gewerbesteuer, gegen deren Überdehnung die Industrie — nach Ansicht der Städte mit Recht — Sturm läßt, oder gar die Wiedereinführung der Gemeindezuschläge zur Reichseinkommensteuer, die von der Arbeiterschaft aus sozialen Gründen abzulehnen ist. Die Arbeiterschaft, die an der Leistungsfähigkeit der volkreichen Städte das größte Interesse hat, wird also den Warnungen führender Vertreter der Kommunen ihre Aufmerksamkeit nicht verjagen dürfen.

Gegen die Mietpreiserhöhung.

Gewerkschaften und Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Spitzengewerkschaften werden am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat die Frage eines Wohnungsbauprogramms erörtern. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der Verhandlungen auch auf die Forderung einer Mietpreiserhöhung eingegangen wird.

Nach den Darlegungen des Staatssekretärs Dr. Böppig in München scheint man im Reichsfinanzministerium sich für eine Mietpreiserhöhung entschlossen zu haben. Demgegenüber fehlt es nicht an Stimmen, die die schädlichen Rückwirkungen einer Mietpreiserhöhung auch auf den Beschäftigungsgrad in der Industrie betonen, da die Erhöhung der Mieten die Massenkaufkraft für Fertigprodukte verringern muß. Der Industrie sind natürlich auch die sozialpolitischen Folgen einer Mietpreiserhöhung sehr wohl bewußt, so daß ein positives Ergebnis der Verhandlungen zu begrüssen wäre.

Moderne Kunst und Kunstbetrachtung.

Zur Einladung der Volksbühne begann Prof. Hermann Sandtuhl im Hofaal des Kunstgewerbemuseums einen Vortrag über „Moderne Kunst und Kunstbetrachtung“, der am Sonnabend abend beendet werden soll.

Prof. Sandtuhl wandte sich scharf gegen den Begriff „moderne Kunst“. Er zitierte das Wort Max Liebermanns: „Es gibt gute Kunst und es gibt schlechte Kunst, aber es gibt keine moderne Kunst und keine unmoderne Kunst.“ Die Kunst hat tausend Möglichkeiten sich auszudrücken, und jeder Künstler wird in jeder Zeit die ihm gemäße wählen. Ob sogar wird der Künstler, von inneren Momenten dazu bestimmt, seine Ausdrucksform ändern. Das ist z. B. mancher, der in seinem Schaffen längst anerkannt war, und sich dann plötzlich der angehenden und von weiten Kreisen des Publikums abgelehnten abstrakten Kunst zuwandte. Wenn er auch hier sich schließlich Gehör eroberte, so lag das oft nicht so sehr daran, daß er wirklich verstanden wurde, sondern daß er plötzlich für „modern“ galt, und damit einen Namen repräsentierte, den man in seinen verschiedenen Entwicklungsphasen in seiner Sammlung haben wollte. Prof. Sandtuhl wandte sich gegen die Sinnlosigkeit solcher Kunstauffassung. Das Bild, nicht der Name des Künstlers, soll dem Betrachter etwas bedeuten. Vor einem Bild soll man stehen bleiben, wenn es einem etwas sagt. Ist das aber der Fall, so ist es obflüchtig, von wem das Bild ist und was für ein Bild es ist. Wer sich von irgendeinem Künstlerbild mehr angezogen fühlt als von einem wirklichen Kunstwerk, der soll sich ruhig dies Künstlerbild betrachten und in seine Wohnung hängen. Denn solange man nicht fühlt, ob ein Bild gut und echt ist, solange bedeutet das Wissen darum in der Stellung zum Kunstwerk nichts. Kunst kann nur dadurch verschwinden, daß die Beziehungen zwischen Künstler und Publikum sich lösen.

Prof. Sandtuhl verhielt an einigen der sehr zahlreichen Originalausstellungen, mit denen er den Vortrag ergänzte. Den Begriff des bestempfindenen Kunstwerks zu zeigen. Die historische Kunstentwicklung, erklärte Prof. Sandtuhl, ist kein Aufstieg und kein Abstieg, er gebraucht dafür ein anderes sehr schönes und sehr treffendes Bild. Er schilderte hohe, verschieden gestaltete Gipfel, die einsam aus einem Nebelmeer herausragen. Zerstreit aber der Nebel an einer Stelle, so erkennt man, daß sich unter ihm noch viele kleinere, schon geformte Höhen erheben, und daß alle zusammen in ihrem Grunde verwachsen sind. Wer so die Kunst betrachtet, kann der Vergangenheit wie der Gegenwart gerecht werden, und doch für sich das wählen, was ihm etwas zu sagen hat.

Eine Kommission für die Nationalgalerie? Die Frage, ob eine neue Sachverständigenkommission dem Direktor der Nationalgalerie an die Seite gestellt und wie diese zusammengesetzt werden soll, beschäftigt zurzeit wieder die beteiligten Kreise. Seit Jahren hat Geheimrat Ludwig Justi seine Ansätze lediglich im Einvernehmen mit dem vorgelegten Kultusministerium vornehmen dürfen, nachdem es ihm im Jahre 1911 gelungen war, den Einfluß der „berühmten“ Vandalenkommission auf die Galerie zu beseitigen. Das Kultusministerium hat nun vor kurzem einen Sachverständigenausschuß befragt, um festzustellen, ob überhaupt wieder

eine Kunstkommission wünschenswert sei. Wie man hört, war eine kleine Mehrheit der Anwesenden, die Kunstgelehrten Geheimrat Max J. Friedländer, der den Vorsitz führte, Geheimrat Adolf Goldschmidt, Professor an der Universität, ferner die Künstler Prof. Ulrich Höpfer und Prof. Wilhelm Ostel, die die Akademie der Künste vertrat, für die Einsetzung einer neuen Kommission. Aber es sprachen sich außer den genannten Vertretern der Akademie alle Anwesenden grundsätzlich dagegen aus, der Akademie der Künste einen Einfluß auf die Zusammenlegung der Kommission einzuräumen. In diesem Sinne hat ja auch bei den wiederholten Debatten der letzten Jahre die Deutlichkeit immer wieder betont, daß ein Hineinreden der in der Akademie vertretenen Künstlerchaft in die Galerieleitung und ihre Ankäufe die Entwicklung dieser besten Sammlung neuerer Kunst nicht fördern kann — die Erfahrungen, die Hugo von Tschudi und Anton von Werner haben machen lassen, sind noch unversehrt. Ein Vorschlagsrecht der Akademie der Künste für die Galeriekommission, wie es von der Akademie gewünscht und vom Ministerium offenbar nicht beseitigt wird, würde notwendig zu einer ständigen Einflusnahme der Künstlerchaft auf ihre Vertretung im Museum führen. Da ist es gewiß besser, man läßt die Verantwortung bei denjenigen, die sie bisher getragen haben, eben bei der Leitung der Galerie selbst. Im anderen Falle dürfte es ständig Reibungen und Konflikte geben, aus denen die Künstlerchaft kaum Vorteil, die Nationalgalerie aber nur Nachteile haben würde.

Der letzte Schritt zum reinen Tanz. Im Blüthneraal gab Vera Stornel mit der Tanzgruppe der Berthe Trümpp einen sehr interessanten Abend. Zwei Gipfelpunkte: Die Soli der Stornel, die sich als eine Tänzerin erster Größe erwies. Im schmissigen, wuchtigen „Schwerttanz“ und vor allem in der hüpfenden, schwebenden, wirbelnden Rhythmit der prachtvollen „Crisla“. Ihre Fehler sind noch: Zu starkes Mitsprechen des Intellekts (an Stelle des reinen Gefühls) und daher, in der Erstaufe, zuweilen etwas Gezwungenes, Krampfhaftes, nicht aus inneren tiefen Flutendes. Mängel, die der Tanz „In den Raum geschleudert“ besonders fühlbar machte. Den zweiten Höhepunkt bildeten die Gruppen tänze im streng abstrakten Stil, von der Stornel komponiert, von der glänzend goldalten Gruppe der Trümpp tabellos ausgeführt. Variationen über ein maschinelles Thema, ein musterhaft funktionierendes Orchester, in dem jede Tänzerin ihr eigenes Instrument spielt und das Ganze harmonisch zusammengeht, durch die unsichtbaren Fäden des beherrschenden rhythmischen Grundmotives geleitet und gebunden. Besonders schön im „Mysterium der Form“ mit seinem leuchtenden Aufblühen und sanft verfliegenden Zusammenfallen der Gruppengestaltung, und im „Quadrat“, dem ergreifendsten Tanzdrama, das, jedes pantomimische und ornamentale Element verjüngend, in bewegten abstrakten Formformen eine erschütternde Tragödie gestaltet. Hier ist der letzte Schritt zur Vollendung des reinen tänzerischen Stils getan, nach dem die Einmischung unserer Zeit krebt. Dem „Tanzspiel“, das den zweiten Teil des Programms bildete, mangelt noch immer die letzte vollendende Ballung und Gläberung. Die einzelnen Sätze bringen in den Worten Wiederholungen, die monoton wirken, da sie zu wenig variiert und fast gar nicht gegliedert sind. Im Solo und Zweitanz zeichneten sich neben der Stornel Lisa Capbel, Elisabeth Schaffer und Anton Flücker aus. A. E.

Ritte-Masinee. Man weiß nicht recht: Ist es Rilkes Tod, der uns jetzt eine so große Zahl von Rilke-Festivals beschert, — oder ist es die hohe Erkenntnis seiner Lebendigkeit? Bedeutet diese Häufung von Veranstaltungen zu seinen Ehren den ein wenig schuldbehafteten und eiligen Abschied von dem Dichter oder eine stürmische Begrüßung? Wir müssen es abwarten. Die Veranstaltungen selber beantworten uns in ihrer Ungleichwertigkeit diese Frage nicht. Wenn kürzlich Max Schneider Brallard Rilke las, so war das nicht bloß ein Gedicht und nicht Willkomm. Es war festerverborener glückvoller Wille, von dem sie uns mitteilte. So reich beschenkt entließ uns das Renaissance-Theater trotz einer still- und stimmungsvoll aufgemachten Feler nicht. Mit Liebe hatte man sich auch dort des Dichters angenommen. Aber es war ein wenig von jener Liebe, von der der Dichter im „Malle Laurids Brigg“ spricht: die Liebe des Vorbei-Verstehens. Geistreich und warmherzig gab Dr. Robert Wust ein Querschnitt durch die ganze deutsche Literatur seit Goethe, um Rilkes Stellung zu ihr und ihn zu zeichnen. Aber seine Rede war unrisstisch, von scharfen Wigen, voll Zeitkritik, häufig damit vom Thema weit forschreitend. Eine eine Stunde währten seine Ausführungen. Der denn folgende Vortrag aus den Werken des Dichters dauerte nur reichlich halb so lange. Roma Bahn ist keine Rilke-Sprecherin. Den Inhalt vermaßte sie mit Verständnis und oft mit großer Eindringlichkeit zu gestalten. Die Kunst der Rilkeschen Sprache blieb ihr fremd.

Eine Fakultät für Musik ist an der Akademie der Künste in Leipzig gegründet worden. Sie verfolgt das Ziel, geschickte Fachleute für Musikarbeiten heranzubilden. Die Akademie, deren Mitglieder weitberühmt sind, hat es verstanden, sich ihre geheimen Herstellungsverfahren, die die besannten Meister der Batimmoskaltwertfähte Gebrüder Bonafede feinerheit nach Rußland verpflanzt haben, zu bewahren. Die Moskaltwertfähte besitzt wertvolle Rezepte zur Herstellung von Moskalen („Smalta“), die bis zu 17 000 Farbänderungen ermöglichen. Die neue Fakultät wird von 20 Studierenden besucht.

Trost im Leide. Der eine Zeitungsläser zum anderen: „Doll, was?! Wie hat das von een'n Hohenzollernprinzen die Leide ruz-jelecht hat —!“

„Können noch von Klud sagen, det se nich an een'n echten leraten find!“ (Simpleximus.)

Gottfried Benn teilt uns mit, daß er dem Kuratorium der in unserer Nr. 12 erwähnten Stiftung eines Diktatorpreises nicht angeteilt, von der ganzen Angelegenheit überhaupt nichts gewußt hat und sich auch nicht daran beteiligen würde.

Das Donner Beethoven-Fest, das vom 21. bis 26. Mai stattfinden soll, ist am 22. als das deutsche Beethoven-Fest erklärt worden. Am Sonntag, den 22. Mai, soll nach einer großen allgemeinen Feier vor dem Beethoven-Denkmal auf dem Wänterplatz die Verklärung des vom preußischen Staats gestifteten Beethoven-Preises erfolgen. Bei den Konzertbeteiligungen werden die hervorragenden Musiker und Sänger des Reiches mitwirken.

Ein Beethoven-Denkmal will die Stadt Wien anlässlich des 100. Todesjahres des berühmten Vödgaggen errichten. Dieser ist in Wien die Erbauung einer Beethoven-Gedächtnis-Konzalle für 10 000 Zuhörer und 4000 Mitwirkende und eines großen Musik- und Sängersaals für Beschäftigte geplant. Für die Konzalle hat die österreichische Regierung bereits einen geeigneten Baugrund von über 36 000 qm Umfang zur Verfügung gestellt.

Unschuldig verurteilt!

Das Wahlprüfungsgericht rehabilitiert den Lehrer Siebens.

Das Wahlprüfungsgericht; beim Reichstag hat am Montag die Wahl für Wejer-Ems für gültig erklärt. Dabei wurde auch der Fall des demokratischen Lehrers Siebens in Lammshausen im Kreise Aurich behandelt. Siebens ist im Herbst 1925 vom Landgericht Aurich zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er angeblich während der Auszählung der Stimmzettel als Wahlprüfer einen nicht angekreuzten Stimmzettel angekreuzt und der Deutsch-Hannoverschen Partei (1) zugesagt haben soll, was als Wahlfälschung hingestellt worden ist.

In Wirklichkeit spielte sich der Fall so ab: Nach Feststellung und Verkündung des Wahlergebnisses und nach telephonischer Uebermittlung des Resultats an den Landrat durch Siebens sah dieser noch im Wahllokal — einem Nebenzimmer einer Wirtschaft — mit den Besitzern im Wahllokal und anderen Wählern gemütlich beizusitzen. Als ein Wähler Fritz Göh, der als Parteigänger der Deutsch-Hannoverschen Partei bekannt war, ins Zimmer trat, nahm Siebens einen auf dem Tische liegenden unbenutzten Stimmzettel, auf dessen Rückseite vorher von einem der Anwesenden das Wahlergebnis zusammengezeichnet worden war, in die Hand und sagte in scherzendem Tone: „Den Zettel wollen wir Fritz geben, der hat ja für seine Partei so wenig Stimmen bekommen.“ Darüber wurde allseitig herzlich gelacht, auch der Gehäufte lachte mit. Niemand hat dem belanglosen Vorfall Bedeutung beigelegt. Davon, daß der Stimmzettel wirklich von den listenföhrenden Besitzern in die Liste aufgenommen und mitgezählt worden sei, konnte nach Zeit und Art des Vorfalls überhaupt keine Rede sein.

Als aber durch eine schriftliche Denunziation gegen Siebens Beschuldigungen wegen angeblicher Unkorrektheiten bei der Reichspräsidentenwahl erhoben und daraufhin ein Strafverfahren eingeleitet worden war, wurde auch der scherzhafte Vorfall vom 7. Dezember mit herangezogen, als Wahlfälschung bezeichnet und Siebens dafür zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Wahlprüfungsgericht hat jetzt den Vorfall durch eingehende sündliche Vernehmung sämtlicher Beteiligten aufgeklärt und in folgender Formulierung das Ergebnis festgelegt:

Die selbständige Beweisnahme vor dem Wahlprüfungsgericht hat keinen Anhalt dafür ergeben, daß der behauptete Vorgang, wonach der Wahlprüfer Siebens einen Stimmzettel gefaltschneidet und geäußert haben soll, dieser Stimmzettel solle der Partei des Wählers Fritz Göh zugute kommen, vor Abschluß der Feststellung des Wahlergebnisses stattgefunden hat. Es hat sich auch kein Beweis dafür ergeben, daß das Wahlergebnis durch eine unzulässige Wahnahme des Wahlprüfers auch nur bezüglich einer Stimme beeinträchtigt worden ist.

Der Lehrer Siebens ist inzwischen begnadigt worden. Die Freistellung des Wahlprüfungsgerichts dürfte ein Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens sein.

Der Etat des Arbeitsministers.

Der Ausschuss für Schaffung von Sozialatmosphäre.

Den Bericht über den Etat des Reichsarbeitsministeriums erstattete in der Ratsversammlung des Ausschusses für den Reichshausbau der Berichterstatter Genosse Hoch. Er hob hervor, daß der Gesamtzuschuß beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 717,8 Millionen betrage und mit dieser Summe um rund 40 Millionen Mark gegen den Gesamtzuschuß von 1926 (1 Milliarde 119 Millionen) zurückbleibe. Genosse Hoch wies dann auf die dem Ausschuss zugegangene Zusammenstellung der in Vorbereitung befindlichen Gesetze des Reichsarbeitsministeriums hin, die nicht weniger als 29 große und kleinere Gesetze umfasse, und betonte, daß der Beamtensatz des Ministeriums für dieses ungeheure Arbeitspensum ein außerordentlich knapper sei. Er wolle jedoch als Berichterstatter keine neue Beamtensstellen beantragen.

Widerstandlerleiter Abg. Erking (S.) regte in seinen Ausführungen unter anderem wiederum die Schaffung von Sozialatmosphäre an, die in großen Industrieländern den deutschen Gesellschaften zugebilligt werden sollten. Es wäre eine dankenswerte und für Deutschland sehr nützliche Aufgabe, die Sozialgesetzgebung der großen Industrieländer zu verfolgen. Von besonderer Bedeutung sei die Kontrolle darüber, ob und wie weit in den übrigen großen Industrieländern die internationalen Uebereinkommen in der sozialen Gesetzgebung und in der praktischen Anwendung zur Auswirkung kommen. Durch die Tätigkeit des Arbeitsministeriums seien Deutschland schon oft große Arbeitslöhne erspart geblieben. Das Geld, das das Ministerium koste, trage daher gute Zinsen. Und das Zentrum werde all denen auf das schärfste entgegenzutreten, die den Abbau dieses Ministeriums betreiben.

Minister Dr. Brauns dankte den beiden Referenten für ihre wohlwollende Gefühlsregung und bemerkte, daß Sozialatmosphäre bei fremden Regierungen dringend notwendig sei. In fünf bis sechs Ländern müssten Dauerposten eingerichtet werden, dazu kämen dann noch einige Stellen für Herren, die von Fall zu Fall hier und dort hin geschickt werden könnten. Die Auswahl der betreffenden Kräfte müßte im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt durch das Reichsarbeitsministerium erfolgen.

Zu den neuen Stellen, die sich aus der Beteiligung des Deutschen Reichs am Internationalen Arbeitsamt in Genf ergeben, stellten die beiden Berichterstatter Hoch und Erking die Entschädigung, die Regierung zu erfragen, daraus zu achten, daß künftige Beamte, vom Reich oder von den Ländern zum Internationalen Arbeitsamt beurlaubt sind, nur dann in Leerstellen eingewiesen werden, wenn der Eintritt in das Internationale Arbeitsamt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erfolgt ist.

Beitragenswert war, daß im Verlauf der Debatte der deutsch-nationale Handlungsgehilfenvertreter Lombard auch seinerseits dem Minister Anerkennung und Dank für die Arbeiten seines Ministeriums aussprach. Bezugnehmend auf die Resolution der Berichterstatter wandte er sich dagegen, daß in Genf nur Söhne der Aristokratie angestellt werden.

Beim Staatskapitel „Sozialversicherung“ wiesen die Genossen Hoch und Frau Schröder darauf hin, daß die Renten der Invalidenversicherung viel zu gering seien. Eine wesentliche Erhöhung der Leistungen sei unvermeidbar. Bei der Beratung des betreffenden Gesetzes werde die Sozialdemokratie entsprechende Anträge stellen. Als Niederlage ihrer heutigen Ausführungen brachten die Genossen Hoch und Frau Schröder folgende Resolution ein; die Regierung zu erfragen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in Abänderung der Reichsversicherungsordnung die Witwenrente auf Grund der Invalidenversicherung analog der Angehörigenversicherung allen Witwen zugestuft und die Bezüge der Invalidenversicherung erhöht.

Hierzu erklärten die Regierungsvertreter, daß im Jahre 1927 voraussichtlich Reichszuschüsse zu zahlen sein werden für 1.900.000 Invalidenrenten mit je 72 M., 340.000 Witwen- und Witwenrenten mit je 72 M. und 1.070.000 Waisenrenten mit je 36 M. Die Gesamtbelastung hieraus werde rund 200 Millionen Mark ergeben, die hier aufgebracht seien. Für Zweck der Invalidenversicherung seien ferner im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung weitere 40 Millionen Mark angefordert.

Der Landtag tritt Dienstag, nachmittags 1 Uhr, zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Auf der Tagesordnung stehen nur keine Vorlagen.

Die abgeleugneten Sowjetgranaten.

Aber es gibt Dokumente!

Die krampfhaften Ablehnungsversuche der Kommunisten gegenüber den unbezweifelbaren Beweisen über die Giftgasfabrikation in Sowjetrußland für die deutsche Reichswehr äußern sich neuerdings in wüsten Beschimpfungen aller, die an der Aufdeckung des Skandals beteiligt sind.

Nachdem Genosse Künstler durch Veröffentlichung seiner Unterredung mit zwei Arbeitern der russischen Versol-Fabrik wesentlich zur Verpoollständigung des Bildes bei-

getragen hat, richtet sich der Moskauer Zorn auch gegen ihn. Die kommunistischen Blätter möchten auf der einen Seite die Veröffentlichung als ein Wert des englischen Imperialismus hinstellen, während sie auf der anderen Seite alles als erlogen erklären.

Den deutschen Kommunisten und ihren sowjetrussischen Anreibern wird nun hoffentlich die nachstehend in photographischer Treue wiedergegebene Passierschein der Versol-Fabrik einiges zu denken geben:

ХИМИЧЕСКИЙ ЗАВОД „ВЕРСОЛ“

№ Постоянный пропуск № _____

Выдан служащему завода _____

для ежедневных посещений тр. Завода отдела _____

с _____ час. до _____ час.

во всякое время дня и ночи.

Пропуск действителен по И. Анкари № _____ мес. 1926

ПРАВИЛА: 1) Билет продлевается в проходной, а также по требованию заводской охраны

1) **ПРЕДЪЯВИТЕЛЬ НЕ ИМЕЕТ ПРАВА:**

1) входа в отделы и помещения, не указанные в настоящем пропуске

2) делать какие-либо наброски, снимки с аппаратуры и прочее, производить фотографирование, если это не связано с исполнением прямых служебных обязанностей.

Директор Уман

Управделами Виз

13. Анкари 1926г.

In deutscher Uebersetzung lautet dieser Passierschein:
Chemische Fabrik „Versol“.
Ständiger Passierschein Nr.

gegeben an den Angestellten der Fabrik für tägliche Besuche des Territoriums der Fabrik zu jeder Tages- und Nachtzeit. Der Passierschein ist in Kraft bis zum 31. Januar 1926.

Vorschriften: I. Der Passierschein wird am Eingang sowie auch auf Forderung der Fabrikwache vorgezeigt.

II. Der Inhaber hat nicht das Recht:

1. Abteilungen und Räume zu betreten, die in dem vorliegenden Passierschein nicht genannt sind.
2. Argentwische Skizzen, Aufnahmen von der Apparatur usw. vorzunehmen und photographische Aufnahmen zu machen.

Der Widersinn der Befassung.

Grzejinski über seine Rheinlandreise.

Der Preussische Minister des Innern, Grzejinski, ist am Sonntag von seiner achtägigen Rheinlandreise nach Berlin zurückgekehrt. Ein Vertreter des „Soz. Pressebundes“ nahm Gelegenheit, den Minister über die Eindrücke seiner Reise zu befragen.

Grzejinski betonte, daß er selbstverständlich noch nicht in der Lage sei, abschließend über all das, was er im Rheinland gesehen und erfahren hat, zu urteilen. Doch könne er zunächst als den stärksten Eindruck feststellen, daß es im Rheinland bei der Bevölkerung einen Streit über die Meinungsverchiedenheit über die republikanischen Staatsformen nicht gebe.

Aus allen Schichten der Bevölkerung sei ihm immer wieder verifiziert worden, daß die rheinische Bevölkerung fest und unerschütterlich zur deutschen demokratischen Republik stehe und jeder Versuch, einer Ablösung oder gewalttätigen Verfassungsänderung die einhellige Ablehnung der gesamten rheinischen Bevölkerung finden würde.

Diese bewußte Einstellung zum Staate, die in Zeiten der Not und schwerster Gefahren in dem unerschütterlichen Festhalten an der deutschen, der preussischen Republik zum Ausdruck kam, legt aber auch dem Staat die Verpflichtung auf, gerade die Landesteile, die durch die Befassung in den vergangenen Jahren und zum Teil auch heute noch schwere wirtschaftliche Schädigungen erlitten, nach Möglichkeit des Möglichen zu unterstützen.

Die besetzten Gebiete haben für das ganze Deutschland manchmal fast unerträgliche Lasten auf sich genommen. Lasten unmaterieller und seelischer Art, von denen wir im unbesetzten Gebiet uns häufig keinen richtigen Begriff machen. Gerade mir, dem Sozialdemokraten, der stets ein Befürworter der Gewaltlosigkeit war, der stets für eine Politik der friedlichen Verständigung und des Ausgleichs eingetreten ist, war es ein gar nicht zu beschreibendes Gefühl, als ich im deutschen Land, in deutschen Städten städtische Formationen fremden Militärs sah.

Dazu kommt die unendliche wirtschaftliche Schädigung, die diese Gebiete durch die Befassung erleiden. Immer wieder klagen wir aus den Ausführungen der Redner der verschiedenen Bevölkerungs- und Berufsschichten die erschütternde Not des besetzten Gebietes heraus.

Mir scheint es deshalb die vornehmste Aufgabe aller Politik zu sein, daß sie sich konzentriert auf das Ziel, bald diesen wahrlich mit Coercas und Thöly, mit dem Völkerverbund nicht in Einklang zu bringenden Zuständen sobald wie möglich ein Ende zu bereiten.

Von den Vertretern der arbeitnehmenden Bevölkerung des rheinischen Gebietes sind mir zum Teil erschütternde Klagen vorgebracht worden über die Arbeitslosigkeit. Die Klagen zum guten Teil im Zusammenhang steht mit der veränderten Grenzführung durch Versailles. Auch hier muß, wenn irgend möglich, sich Wirtschaft und Staat einigen, um zu helfen und zu ändern. Ich denke vor allem daran, daß es der vereinigten Initiative von Wirtschaft und Staatsverwaltung gelingen muß, neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden, neue Produktionsgebiete aufzuschließen, um so der arbeitsfreudigen und arbeitswilligen Bevölkerung die Möglichkeit einer ausreichenden Existenz zu gewähren. Ich habe in meinen verschiedenen Ansprachen an die Beamten der Bezirksbehörden und an die Vertreter der Bevölkerung keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach meiner Auffassung die Verwaltung die Pflicht hat, überall die Wirtschaft und das Wohl der Bevölkerung zu fördern und nicht durch bürokratische Maßnahmen zu hemmen. Der Beamte des Volkstaates muß in enger dauernder Berührung mit der Bevölkerung leben, um ihre Bedürfnisse zu erkennen, ihre Lage zu verstehen, damit schnell und richtig

wenn das nicht mit der Ausübung seiner direkten dienstlichen Pflichten verbunden ist.

Direktor: gez. Umanow.

Abteilungsleiter: Unterschrift unleserlich.

19. Januar 1926.

Damit auch dieses Dokument nicht einfach abgelehnt werden kann, wollen wir seiner Veröffentlichung vorbeugend hinzufügen, daß sowohl die Nummer des Scheins wie der Name des Inhabers von uns aus der Wiedergabe entfernt sind. Der Originalschein, einer der wenigen, die aus Rußland mit fortgebracht werden konnten, ist in sicheren Händen und wird zu gegebener Zeit dem Gericht vorgelegt werden, wenn die Ablehnungsversuche nicht endgültig aufgegeben werden sollten.

von der Verwaltung eingegriffen werden kann und nicht ein Regieren vom grünen Tisch aus geschieht.

Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß Voraussetzung dafür für mich ist, daß die Beamtenschaft unbeschadet ihrer in der Befassung garantierten Ueberzeugungsfreiheit voll und ganz eintreten und tätig sein muß im Sinne des heutigen Staates, der demokratischen Republik.

Gerade das — so schloß der Minister seine Darlegungen —, was ich im Rheinland gesehen und erlebt habe, hat mir die Ueberzeugung verliehen, daß diese Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsbehörden des Staates und der Bevölkerung sehr wohl und leicht möglich und in weitem Umfang dort schon verwirklicht ist. Es wird mein und meiner Behörde ernstes Bestreben sein, die Not des in seinem Kern so deutschen Rheinlandes, die seelischen und materiellen Lasten der überwiegend demokratischen und republikanischen Bevölkerung nach Möglichkeit zu mildern.

Barmat-Prozess.

Das Abkommen vom 10. April 1924. — Widersprüche.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen wandte man sich dem Abkommen zu, das am 4. April 1924 zwischen Julius Barmat und Dr. Hellwig für die Amerima geschlossen worden war und nach dem der Kredit auf 5,1 Millionen Mark festgelegt wurde. Davon waren etwa 2,5 Millionen ohne Entwertungsklausel im Gegenzug zu dem anderen Geld mit völliger Kündigung zu einem billigeren Zinssatz gewährt worden, und ferner wurde auf Grund der deponierten Rüfentransportaktien ein weiterer Kredit bis zu einer Million eingeräumt.

Bei der Erörterung dieses Abkommens ergab sich ein wesentlicher Widerspruch zwischen den Aussagen Dr. Hellwigs und Julius Barmats. Julius Barmat erklärte nämlich, daß eine solche Verpflichtung gar nicht vereinbart gewesen sei, und daß man auch sofort gegen den Passus in dem Bestätigungsschreiben der Staatsbank protestiert habe.

Dr. Hellwig erklärte dagegen, daß wohl bei den Verhandlungen davon die Rede gewesen sei, daß das Geld zur Lebensmittelfinanzierung gelten sollte. Er habe wohl die Fassung in dem Brief etwas zu scharf formuliert.

In dem Bestätigungsschreiben der Amerima hatte man sich aber, wie festgestellt wurde, mit den mitgeteilten Bedingungen einverstanden erklärt, ohne daß der nichteingeweihte Leser, wie der Vorliegende sagte, hätte erkennen können, welche Abmachungen nun eigentlich gelten sollten.

Julius Barmat erklärte noch, daß er unter keinen Umständen eine Verpflichtung über die Verwendung des Geldes übernehmen wolle, sondern lieber auf den Kredit der Staatsbank verzichtet hätte, während Dr. Hellwig auslegte, daß er die Verwendung der Lebensmittelgeschäfte als Voraussetzung für die Abmachung angesehen habe.

Oberstaatsanwalt Trautmann: „Herr Klenke, welche Lebensmittelgeschäfte hat die Amerima damals überhaupt gemacht?“ — Klenke: „Die Amerima hat gar keine gemacht. Die Lebensmittelgeschäfte gingen von der Firma Gebrüder Barmat-Amsterdam aus.“ — Bori.: „Herr Hellwig, der Widerspruch wird doch noch eskalieren, wenn die Amerima gar keine Lebensmittelgeschäfte gemacht hat. Wußten Sie denn nicht, welche Geschäfte von der Amerima getätigt wurden?“ — Dr. Hellwig: „An der Staatsbank war mir bekannt, daß die Amerima auch Lebensmittelgeschäfte machte.“ — R. A. Schwerlebs: „Das Geld war aber geschäfte gemacht.“ Zur Klärung der strittigen Fragen soll im Laufe der weiteren Verhandlung Dr. Rube und Dr. Bernheim gehört werden.

DAS HAUS AUS HOLZ.



Hohlwand und Vollwand.

Die Herstellung der Holzwand erfolgt, abgesehen von kleinen, individuellen Abweichungen bei den einzelnen Werken, vorwiegend als Hohlwand, seltener als Vollwand. Die Hohlwand wird häufig in der Art der bekannten Fachwerkwand (Riegelwand) gebaut, mit äußerer und innerer Schalung (Bauart Uhlmann-Ingolstadt, Deutsche Werkstätten-Hellerau, Hönisch-Dresden); sie wird auch als sogenannte Tafelwand errichtet (Bauart Christoph u. Unmack-Nieftz, Holzgüter Holzhausler-Berlin, Kölner Holzhauswerte-Röhl, Bohmüller-Gülden); rechteckige Rahmen aus leichten Kanthölzern, beiderseits verschalt, bilden die Wandelemente, aus deren Aneinanderreihung die Wand entsteht. Der Hohlraum kann in geeigneter Form mit Wärmeschutzmassen ausgefüllt werden. Eine besondere Ausführungsform der Hohlwand ist dadurch gekennzeichnet, daß die beiden Schalungen, bei kräftiger Ausführung in Halbholzschichten, als selbständige Wandteile nebeneinander herlaufen. Da der Hohlraum mit Lehm, ja sogar mit Gesteinmassen, oder mit Beton ausgefüllt wird, läßt sich diese Baueinheit als Mischbau bezeichnen (Wallschichtbau-Barnbrunn). Der Blockbau verwendet die hölzerne Vollwand (Bauart Christoph u. Unmack). Nach Logit und Sprachgebrauch ist eine Wand massiv, wenn sie im Material homogen ist. Demnach muß man die hölzerne Blockwand als Massivwand bezeichnen und das Holzhaus in der Blockbauweise als das massive Holzhaus.

Aufbau und Konstruktion.

Im Blockbau finden sich keine vertikalen Konstruktionssteile. Seine Wände bauen sich, wie beim Ziegelbau, in horizontalen Schichten auf, die um das ganze Haus herumlaufen. Dem Vorgang des Sehens wird nirgends entgegengeartet, im Gegenteil, die Luftlast des Obergeschosses bzw. die des Daches preßt die darunter liegenden Wände in dem Maße zusammen, wie sie beim natürlichen Schwimmen des Holzes Reizung zur Unelastizität infolge der Fugenbildung zeigen. Es entsteht so gewissermaßen eine Holzwand aus einem Stück, die die wärmedichten Eigenschaften des Materials bis zum äußersten ausnützt. Bei ausreichend bemessener Wandstärke ist der Blockbau unzweifelhaft die beste Ausführungsform des hölzernen Wohnhauses. Schon die 7 Zentimeter starke Blockwand erreicht bei sorgfältiger Bauart die 23-Zentimeter-Ziegelwand normaler Ausführung an Wärmedichtigkeit; bei 10 Zentimeter würde sie ihr ohne weiteres überlegen sein. Die wärmedichte Liebetenheit der hölzernen Hohlwand vor der steinernen beruht weniger auf den Materialeigenschaften, als auf der Unmöglichkeit der im Hohlraum enthaltenen Luftschicht. Sie ist der Holzwand leichter zu garantieren als etwa der Ziegelwand, aus Gründen, die sich von der Bauart herleiten. Das Bestreben, durch vertikale Unterteilung des Hohlraumes Wärmeverluste aus der Strahlung zu verringern, läßt sich leicht verwirklichen. Als Hilfsmaterialien zur Wärmearmierung der hohlen Holzwand haben sich Torfplatten gut bewährt. So ist es erklärlich, daß eine wärmearmierte Holzhohlwand richtiger Bauart

bei nur 88 Millimeter Gesamtdicke denselben Wärmewiderstand leistet wie eine Ziegelvollwand von 59 Zentimeter Dicke. Auch hier läßt sich die Wirtschaftlichkeit des Holzhauses erkennen.

Feuergefährlich!

Ueber die Feuergefährlichkeit des Holzhauses sind vielfach recht unklare Anschauungen verbreitet. Man hält es für besonders feuergefährlich. Allerdings: Holz verbrennt, Stein nicht. Der logische Trugschluss besteht einfach darin, daß man aus der Brennbarkeit des Holzes als Brennmaterial auf die Brennbarkeit des Hauses schließt. Hier ist aber das Holz kein Brennmaterial, sondern Baumaterial. Tatsächlich kommt es nicht auf die Brennbarkeit des Materials an, sondern auf seine Entflammbarkeit. Holz ist schwer entflammbar, namentlich in großen Stücken mit glattegelebter Oberfläche; es bleibt daher wohl immer Zeit, den Brand im Entstehen zu löschen. Hat das Feuer erst eine gewisse Ausdehnung angenommen, dann freilich brennt das Holzhaus ebenso leicht herunter wie gewisse Teile des — Steinhauses, denn brennbare Teile sind in den Zwischendecken, im Dachverband und anderswo bei beiden Häusern reichlich vorhanden. Die Lichtamkeit der Hausbewohner genährt hier wie dort den vorbeugenden Schutz; handliche Feuerlöschapparate stehen zur Verfügung. Ganze Städte will man ohnehin nicht in Holz bauen.

Es wäre müßig, das Holzhaus gegen den Steinbau auszuspielen und umgekehrt. Jede der beiden Baueinheiten zeigt ihre besonderen Charaktereigenschaften. Wer sie kennt, wird im einzelnen Falle die geeignete Wahl zu treffen wissen. Immerhin: will man ein wirklich gutes und warmes Haus haben, das in der Anlage und Unterhaltung verhältnismäßig billig ist, so muß man es aus Holz bauen.

Die Fridericus-Ker-Marke und der Kleinagrarter. Man schreibt uns: Wieder liegen die Kataloge der Samenhandlungen einem ins Haus, und da sie bei der ständig wachsenden Anzahl von Varietäten immer dicker geworden sind, ist vielfach eine Frankatur mit Zehn-pennigmarken notwendig. Während die Mehrzahl der Firmen in solchen Fällen die Adlermarke oder zwei Fünfpennigmarken verwendet, halten es einige für angebracht, die nur von den Reaktionen freudig begrüßte Fridericus-Ker-Marke aufzupapern. Sie halten das vielseltig für eine besondere Schlauelei, wenn sie den auf dem Lande Wohnenden den Anblick der Marke verschaffen, und bedenken nicht, daß der Republikaner diese Frankatur als Propagation betrachtet wird. Man wird daher den betreffenden Katalog ad acta legen und sich an das Studium eines anderen Angebots machen, das nicht unter einer Parteiloge steht.

Die Wunder der Klara van Haag.

65] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überetzt von Erwin Magnus.

Hedwig glaubte, es wäre von einer Erdumseglung die Rede. Ach, das ganze war doch nur ein Traum — oder das Frauenzimmer war verrückt.

„Danke, ich will keinen Kaffee,“ sagte sie wieder wie im Traum.

„Ja, aber sind Sie herum gewesen?“

„Herum. Nein!“

Johan Fors sagte mit großem Eifer: „Doch — jetzt glaube ich bestimmt zu wissen, daß man nur gerade aus und die Treppe hinunter gehen muß, ja.“

Aber die kleine Lehrerin hatte etwas Ränkvolles zwischen den beiden entdeckt, sie sah unterernährt von einem zum anderen, bedankte sich und ging vergrämt fort.

Johan und Hedwig waren allein. Sie reichten sich die Hände. Er hatte seinen festen Malergesellenhanddruck aus alten Tagen. Aber seine Hand war jetzt glatt und fein, und es war etwas wie ein durchgeglätteter Schimmer über seine Stirn gekommen. Auch seine Kleider waren ja nicht die eines Malergesellen. Er lachte und behielt ihre Hand lange, drückte sie auf verschiedene Art und Weise, als wollte er ganz sicher sein, daß es die rechte war. Es gingen Schauer von großer Freude über sein Gesicht.

Hedwig sagte: „Ich habe Ihre Briefe nicht beantwortet. Es tut mir so schrecklich leid, daß ich es nicht tat. Es kann sicher niemand den Grund verstehen, außer mir selbst. Aber es tut mir doch so schrecklich leid, daß ich nicht geantwortet habe.“

„Ach nein, lassen Sie uns nicht von der kleinen Berspätung reden.“

„Berspätung — nein, es kann leider nicht so milde als Berspätung beurteilt werden.“

„Wie denn sonst? Hier habe ich ja die Antwort. Hier halte ich Ihre Hand, und sie opfern das kleine Händchen. Sie rufen nicht die Polizei, und lassen es ruhig händchen. Fräulein Egholm, welche bessere Antwort hätte ich erwarten können, als daß Sie mich nicht im geringsten verachten, sondern im Gegenteil, mich wie Ahresgleichen behandeln!“

Johan war kein Malergeselle mehr, weder im Reu noch in Worten. Er stand da mit dem Rücken gegen seine Bilder, die die besten Kunstkenner des Landes über alle Grenzen gelobt hatten. Jetzt fürchtete er, daß Hedwig in ihrem Urteil verwirrt werden und ihn mit seinen Bildern zusammenwerfen würde, und deshalb machte er sich besonders klein und demütig in seinen Worten.

Hedwig sagte: „Ich sah den alten Mann an. Ich weiß nicht, ob ich kurz oder lange hier gestanden habe. Ich bin gleichsam in einer ganz anderen Welt gewesen, als ich das Bild sah.“

Sie wollte mehr sagen, bekam aber kein Wort heraus.

Es glückte Johan, dem von Huldigung Umbrachten, einen ganz roten Kopf zu bekommen, und er ergriff ihre Hand mit einem schamhaften Dank.

„Ich will Ihnen die anderen zeigen,“ sagte er.

„Sehen Sie das hier. In einem Kloster in Italien. Wir sind gegen Abend angekommen, und uns friert. Darum entzündeten wir das Feuer auf den Steinfliesen; es sind unsere Zeitungen und Reisebücher, die aufflammten. Aber es war ein tadelloses Licht — und es ist ein tadelloses Licht. Ich habe es getroffen. Der hier ist Laras, dessen Bilder irgendwo hier drinnen hängen; die anderen sind Ausländer. Zwei, zweieinhalb Stunden Arbeit. Mehr nicht. Oh, ich werde immer müde, wenn ich das Bild ansehe.“

Johann trat näher und besichtigte es wie ein Vater sein Kind. Er sprang drei Schritte zurück und besichtigte es wieder.

Jedes Bild wurde Hedwig erklärt. Im Grunde lobte er sie alle bis in die Wolken. Darin gleich er sich selbst aus der Knarrethyer Zeit. Er lobte nicht, um zu imponieren, sondern um die Freude, zu der ehrlich gekommen war, auszuteilen. Seine Augen schimmerten blau wie der Frühlingshimmel, wenn er erklärte.

Hedwig dankte ihm, und gleich darauf dankte er ihr. Das war Liebertreibung und er wußte es. Aber sie hatte so kühle Seidenhände, die so gut zu fassen waren.

„Wenn wir etwas weiter gehen, dann treffen wir Frau van Haag,“ sagte Hedwig.

„Ja!“

„Sie sind nicht überrascht!“

„Ich finde, alles Gute ist möglich, seit ich Sie traf. Ich weiß auch wohl, daß sie nach Italien will und alles andere. Denken Sie an die Briefe, die wir uns geschrieben haben. Ja, sie ist mir seit dem Tage, als sie mich entdeckte, eine herrliche Mutter gewesen — hören Sie, wollen wir nicht alle drei in die Welt oder aufs Wasser und von alten Tagen reden?“

„Ja, wenn Frau van Haag will, dann —“

„Kommen Sie,“ sagte Johan Fors mit blanken Augen. Aber sie fanden nicht die, die sie suchten. Es waren so gut wie keine Leute mehr in der Ausstellung. Da fragte Johan den Aufseher: „Haben Sie nicht eine Dame gesehen — eine elegante, schöne Dame — ja, wie soll ich sagen, Fräulein Egholm?“

„In weißer Jacke und weißem Hut.“

„Doch,“ sagte der Mann, der einen alten Oberst gleich, „das war die, die nach einer Tasse Kaffee herumrannte. Die ist gegangen.“

Johan und Hedwig brachen in Lachen aus.

„Nein, die herumrannte, war eine andere. Haben Sie nicht eine große, schlanke Dame gesehen?“

„Ja, es waren zwei, das ist schon richtig. Zuerst kam eine andere, aber dann kam sie wieder mit — der, die Sie meinen, und dann gingen sie zusammen weg. Das ist alles schon richtig,“ sagte der Oberst und schloß mit einer abtunenden Handbewegung: „Wir haben ja keinen Kaffee hier!“

Johan und Hedwig hielten Kriegsrat. Es gleich Frau van Haag gut, sich mit einem wildfremden Menschen zusammenzutun, wenn dieser Mensch nur töricht genug war. Sie würde wohl in einiger Zeit wiederkommen. Aber wann? Eine solche Ausfahrt konnte ja nicht gut aufgeschoben werden, wenn man sie sich in den Kopf gesetzt hätte, meinte Johan und kratzte sich den Nacken.

„Ja, aber ist es nicht etwas unverschämmt, ohne Frau van Haag zu fahren?“ fragte Hedwig.

Johan wußte Rai.

„Unverschämmt! Ja, wer ist denn unverschämmt gewesen! Einfach ihrer Wege zu gehen, ohne auch nur ein Wort oder einen Beiseid zu hinterlassen, uns hier außer sich vor Schrecken und Verwirrung stehen und glauben zu lassen, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. Und das alles nur, um Ihren niedrigen Drang nach einer Tasse Kaffee zu befriedigen. Nein, sie hat sich in der Gesellschaft gebildeter Menschen unmöglich gemacht!“

Johans Gesicht zeigte großen Zorn.

Hedwig lachte und sagte: „Aber, was sollen wir denn machen?“

„Sie schreiben ein paar Worte auf einen Zettel und geben ihn dem Manne dort!“

„Ja, haben Sie Papier?“

Johan riß ein Blatt aus seinem Notizbuch. Hedwig bedachte sich, schrieb etwas und reichte es ihm, worauf sie sich beide krümmten und mit schalkhaften Augen lachten.

Auf dem Zettel stand:

„Ich bin mit einem Kaffee trinken gegangen. Warten Sie nicht auf mich. Entschuldigen Sie tausendmal.“

Hedwig.

Kurz darauf strichen Hedwig und Johan in einem großen graven Auto zur Stadt hinaus nach dem Tiergarten. Sie stiegen aus und Johan beriet sich in Kindlichkeit und Scherz mit dem Chauffeur über ein Mittagessen, das der im Sadehotel bestellen sollte. Johan hatte die Gabe, jeden, den er wollte, zu seinem Freunde zu machen. Der Chauffeur und er waren im Augenblick zwei brave, rotköpfige Jungen, die gemeinsam einen Streich ausheckten. (Fortsetzung folgt.)

Berlin lehnt die Gasfernversorgung ab.

Der Ausschuss der Berliner Städtischen Gaswerke L. G. hat sich in einer vierstündigen Sitzung einmütig mit dem Problem der Gasfernversorgung Berlins beschäftigt. Er kam zu dem einstimmigen Beschlusse, daß ein Anschluß Berlins an die Gasfernversorgung nach den heutigen Angeboten der Ruhr vorläufig nicht in Betracht kommt.

Untergrundbahn nach Lichtenberg.

Zustimmung im Haushaltsausschuss.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Stadtverordnetenversammlung wurde der Vorlage, betreffend den Bau der Untergrundbahnlinie Alexanderplatz-Lichtenberg mit Mehrheit zugestimmt. Angenommen wurde in derselben Sitzung der Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die Fortführung der Schulförderleistung. Die Vorlage, betreffend die Uebernahme der Bürgschaft für eine von der Berliner Straßenbahnbetriebs-G. m. b. H. auszunehmende Inlandsanleihe, wurde zurückgestellt. Von den verschiedenen Parteien wurde in der Debatte gewünscht, daß in Zukunft eine allgemeine Anleihe vom Magistrat aufgenommen wird, aus der dann die Bedürfnisse der einzelnen Verwaltungen und städtischen Betriebe gedeckt werden sollen. Die Ergänzungsvorlage, betreffend den Verkauf des Gutes Düppel und des Jagdschlosses Dreilinden, wurde auf Donnerstag vertagt.

Die neuen Ehrenbürger der Stadt Berlin.

Durch Beschluß der Gemeindebehörden, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, war vor einiger Zeit zwei Stadtbürgern, unserem Genossen Hugo Heilmann und dem Demokraten Bamberg, das Ehrenbürgerrecht verliehen worden. Die künstlerisch ausgeführten Urkunden, in denen die Verleihung ausgesprochen wird, wurde den beiden neuen Ehrenbürgern gestern vom Oberbürgermeister eingehändigt.

Das bestätigte Todesurteil.

Soll die Strafe wirklich vollstreckt werden?

Das Reichsgericht brauchte nicht viel mehr als eine Stunde, um die fünf Revisionsklagen des gestrigen Tages in dem Strafgesamtheit zu erledigen. Wieviel Minuten die fünf Reichsgerichtsräte dazu bedurften, um die Urteilsbegründung und die Revisionsklagen in der Reiferen Sache zu prüfen und zu beraten, möge dahingestellt bleiben. Viele konnten es nicht gewesen sein. So kurz die Beratung, so bündig die Entscheidung: das Reichsgericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erteilte die Revision.

Damit ist in dieser Sache das letzte Wort gesprochen, das ein Gericht über die Angeklagten zu sagen hätte. Von einem Wiedereröffnungsverfahren kann in dieser Sache keine Rede sein. Die dazu erforderlichen neuen Tatsachen würden nicht erbracht werden können. Jetzt wird die Gnadeninstanz zu prüfen haben, ob die Todesstrafe an Schlegelinger und Wilm Weber vollstreckt werden soll. In einigen Monaten dürfte die Entscheidung fallen. Zum Standpunkt des Rechts aus dürfte aber das Ergebnis der Reichsgerichtsverhandlung bei dem, der ihr beigewohnt hat, im gleichen Maße das Gefühl der Unbefriedigtheit hinterlassen haben, wie die Hauptverhandlung in Hildesheim. Dort blieb die Fülle des psychologischen Materials unausgenutzt dem Bericht war dadurch der Weg zur Anwendung des Vorparagrafen geebnet. Im Reichsgericht hat der Vertreter Schlegelingers es unternommen, selbst auf Grund der widersprüchlichen Urteilsbegründung nachzuweisen, daß der Tatbestand des Mordes aus psychologischen Erwägungen heraus nicht gegeben und von einer Ueberlegung im Sinne, wie das Gesetz es erfordert, keine Rede sein konnte. Dieser Vorwurf wird höchstens dadurch gemildert, daß dem Verurteilten im Reichsgericht, der in Hildesheim nicht anwesend war, die Einführung in den gesamten Komplex der Tatsachen fehlen mußte. Die Öffentlichkeit sieht jedoch wieder vor einem Fall, da ungenügende Berücksichtigung des Zustandes kommen eines Fehlurteils erachtet hat. Daß es sich hier aber nur um ein Fehlurteil handeln kann, darüber wird niemand, der der Hildesheimer Hauptverhandlung beigewohnt hat, im Zweifel sein. Man mag dem Reichsanwalt glauben, daß er in dieser Sache wie in jeder anderen das Gesetz habe wahren und das Recht habe finden wollen. Es war jedoch ein Irrtum von ihm, zu behaupten, daß in diesem Urteil das Recht gefunden sei. Sind nun alle Rechtswege erschöpft, so bleibt allein der Weg der Gnade.

Kammergerichtsentscheid zum Mieterschuss.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Kammergericht die folgenden neuen Rechtsentscheidungen in Mieterschussfällen getroffen: 1. Die des Mietverhältnisses am 1. 8. 13 der Ausführungsverordnung des preussischen Justizministers zum Mieterschussgesetz vom 15. August 1923. (Gesetzsammlung Seite 465) ist das Gebäude, in dem die Hauptverwaltung der Gemeinde geführt wird, die das Mietverhältnissamt erteilt hat. (17. J. 93/26 vom 19. November 1926.) — 2. Zur Ermittlung des ortsüblichen Mietzinses kann die Heranziehung nur eines Vergleichsgegenstandes genügen. (17. J. 94/26 vom 19. November 1926.) — 3. § 3 Absatz 1 des Gesetzes über den Selbstwertausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 (Reichsgesetzblatt I, Seite 251) steht der Umlegung des 100 Proz. übersteigenden Gemeindezuschlags zur Grundvermögungssteuer auf die Mieter nicht entgegen. (17. J. 96/26 vom 19. November 1926.) — 4. Die Erlaubnis des Vermieters zur Ueberlassung von Wohnraum kann durch das Mietverhältnissamt nicht mehr erteilt werden, wenn das Mietverhältnis, sei es auch unter Vorbehalt von Erlaßraum, aufgehoben ist. (17. J. 97/26 vom 19. November 1926.)

Am den letzten Groschen betrogen.

Ein niederträchtiger Schwindler hat es in Reutal und der angrenzenden Gegend von Berlin auf Erwerbssuche abgesehen. Er hiebert sich mit Wästen in Refekten an, erfährt, wer von ihnen keine Arbeit hat und bietet diesen Stellung bei der „Mitropo“ an, für deren Vertreter er sich ausgibt. Er gibt den Leuten einen mit Tintenfüll geschriebenen Zettel mit dem Bemerken: „Herr R. ist einzustellen. Besörderung Neubauer.“ Dann erzählt er, daß er auf dem Wege sei, seinen Geburtstag zu feiern, entdeckt aber „plötzlich“, daß er sein Geld zu Hause „vergeffen“ hat. Die über die verisprochene Stellung erfreuten Leute helfen ihm gern auch mit ihren letzten Groschen aus. Der Schwindler ist etwa 26 Jahre alt und trägt einen feinen dunklen Jacketanzug. Mitteltungen über sein Auftreten an die Reutalmer Kriminalpolizei.

„20 Jahre Frauenarbeit.“

Der Deutsche Jugendklub feiert seinen zwanzigsten Geburtstag. Die Idee der Gründung dieses Klubs stammt von England und Marie von Bunsen setzte in Gemeinschaft mit der Engländerin Miss Smethley den Gedanken in die Tat um. Das Ehrenmitglied hatte seinerzeit Carmen-Spinoz inne, die auf literarischem Gebiet wie auf dem Gebiete der Handarbeit, hauptsächlich der Pflege und der Verbreitung der Volkstümlichkeit, der Vereinerung fördernd zur Seite stand. Das erste Heim befand sich in der Potsdamer Straße 118. Sehr bald bildeten sich die verschiedenen Kommissionen und Reorganisationen, deren wichtigste die soziale Frauenarbeit (Frau Dr. Heyl), weiteres Frauenstudium, der Hausraumverein und

der Verein für Mutter- und Säuglingsfürsorge sind. Die heute beginnende Ausstellung, die bis 28. Januar in der jetzigen Klubräume, Bülowplatz 8, stattfindet, gibt ein Bild der Frauenarbeit, die innerhalb der 20 Jahre auf den verschiedenen Gebieten geleistet wurde. Die Volkstümlichkeitsabteilung zeigt die Erhaltung schöner, alter Trachten und Handarbeiten aus Deutschland und fremden Ländern, die soziale Kommission ist durch eine Ausstellung ihrer Gruppe Blindenbücherei vertreten. Die internationale Kommission zeigt das Zusammenarbeiten in und ausländischer Frauenorganisationen auf dem Gebiete der Frauenbewegung, des Erziehungswesens und der humanitären Fürsorge. Bilder, Plakate und kunstgewerbliche Gegenstände vervollständigen das Bild weiblichen Schaffens auf den verschiedenen Gebieten. Im Rahmen der Jubiläumssache finden allabendlich Veranstaltungen in Form von Lichtbildvorträgen, Theateraufführungen und Vorträgen statt.

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute, Dienstag, den 18. Januar 1927, abends 7 Uhr, in den „Prachskäfen am Märchebrunnen“, Am Friedrichshain 29/32. Tagesordnung:

Regierungsbildung und Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagsabgeordneter Wilhelm Dittmann. Als Ausweis gilt die Funktionärkarte für das Jahr 1926 mit gleichlaufendem Mitgliedsbuch. Der Bezirksvorstand.

Der angeklagte Stadtoberinspektor.

„Schlichtverdrächtig aber nicht überführt.“

Besondere Umstände, unter denen der Direktor der Deutschen Glas- und Spiegelfabrik L. G. Julius Schön auf die Dringlichkeitsliste kam und im Jahre 1923 eine vierzimmerige Wohnung in der Straße Wilmshofstraße 41 erhielt, hatten nunmehr ein gerichtliches Radspiel in Gestalt einer Weineids- und Besichtigungsanfrage gegen die beteiligten Personen vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Angeklagt waren wegen Weineids und aktiver Besetzung in Beamten-eigenschaft der Stadtoberinspektor Gustav Schön vom Wohnungsamt Charlottenburg, wegen passiver Besetzung der Angestellten des Wohnungsamtes Wilhelm Hubrig und wegen aktiver Besetzung Fabrikdirektor Julius Schön, der mit dem Stadtoberinspektor gleichen Namens jedoch nicht vermandt ist. Dieses Strafverfahren ist der Ausfluß einer Beleidigungsklage, die auf Antrag des Bürgermeisters in Charlottenburg gegen den Wohnungsbeamten Hubrig und auf Antrag Hubrigs gegen den Fabrikdirektor Julius Schön im Jahre 1926 eine Wille an der Ostsee gekauft habe (in Jünger). Der Angeklagte gab dann zögernd zu, daß er seine Berliner Wohnung leer für 5000 Mark verkauft und damit die Anzahlung für die Wille geleistet habe. Da es sich um eine Vermietung handelt, die der Zwangsversteigerung unterliegt, handelt es sich um eine regelrechte Wohnungsführung. Der Vorgang erregte beim Gericht und im ganzen Saale allgemeines Erstaunen. Erster Staatsanwalt Jäger hielt den Angeklagten Stadtoberinspektor Gustav Schön des Weineids und der Besetzung in zwei Fällen schuldig, rechnete ihm aber bei dem Vorbehalt des Widerstandsparagrafen 167 an, da er sich bei Vernehmung der Wille einer unzulässigen Handlung, nämlich der Besetzung, bezichtigt hätte. Er beantragte im ganzen neun Monate Gefängnis. Bei den Besetzungen berücksichtigte der Staatsanwalt, daß es sich um Inflationsbesitze handelte und beantragte weiterhin gegen Hubrig 100 Mark, gegen Fabrikdirektor Julius Schön 1500 Mark Geldstrafe. Das Schwurgericht sprach jedoch alle drei Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Die Tatumsstände seien zwar höchst verdächtig, es fehle aber der vollkommene Schuldbeweis.

Vortragsabend der Tierfreunde.

Auf Einladung des Weltbundes zum Schutze der Tiere sprach Dr. Hammer im Beethoven-Saal über das Thema „Hat das Tier eine Seele?“. Es ist dies eine bereits oft aufgeworfene und stets nach den verschiedensten Richtungen hin beantwortete Frage. Die einen verharren in ihrer konventionellen Meinung, das Tier ist seelenlos, die Tierfreunde wiederum stellen in ihrer großen Liebe zu den Vierbeinern deren feinsten psychische Fähigkeiten und Empfindungen weit über die des Menschen und die Wissenschaft endlich, als objektive Partei, ist im allgemeinen der Ansicht, daß das Tier genau wie der Mensch Empfindungsfähigkeiten besitzt, daß aber diese Ausstrahlungen natürlich in ganz verschiedenartiger Weise zum Ausdruck gelangen. Das Empfindungsleben des Hundes — ein Tier, das im engsten Kontakt mit dem Menschen steht — beruht in der Hauptsache auf dem Geruchssinn. Die viel gerühmte Klugheit des Jagdhundes, die Anhänglichkeit des Tieres an seinen Herrn, die gewissen Beziehungen der Hunde untereinander, kurz alle Ausdrucksfähigkeiten, die nicht auf Vorgänge des rein äußerlichen Lebens zurückzuführen sind, basieren bei dem Hunde auf Reflexbewegungen des stark entwickelten und empfindsamen Geruchssinnes. Auf rein medizinischem Gebiet läßt sich ein Vorhandensein gewisser abstrakter Empfindungskomplexe ebenfalls nicht leugnen, denn es gibt ja bei Tieren, ebenso wie beim Menschen, Krankheiten, die eine Störung und Verzerrung der Empfindungsmöglichkeiten im Gefolge haben. Beim Hunde z. B. die nervöse Staupe, die sich durch Gliederverrentungen, Wärmungserscheinungen bemerkbar macht, dann die Tollwut, die das Tier zu einem unaußersicheren, planlosen Umherirren zwingt, sonst gutmütige Tiere in böseartige Bestien verwandelt, die ihre Umgebung anfallen, den eigenen Herrn nicht mehr erkennen und eben, ganz wie der gestörte Mensch, ein gestörtes Bewußtsein aufweisen. In weiterer Folge sprach dann Dr. Behm, Leipzig, über das Tier im Wandel der Erdgeschichte. An Hand von Lichtbildern führte der Vortragende sehr interessant aus, wozu ungeheure Schwierigkeiten um das Problem der Artenforschung und Umbildung rufen. Die Forschung weiß noch keinerlei befriedigende Antwort auf die Frage nach den treibenden Kräften der Artenforschung zu geben. Nach seiner Ansicht sind es allein die kosmischen Mächte, die im Verein mit gewaltigen Erdbebenstößen den Gang der Erdgeschichte und ihrer Beweisen bestimmen. Von Einsturz zu Einsturz reichen die eigentlichen Zeitalter der Erde. Rieseneiszeiten, die den Erdkörper zeitweilig ungeheuerlich bedecken und bestürmen, bringen in ihrer vernichtenden Wirkung wiederum neue Entstehungsmöglichkeiten. Die Lebewesen werden stark geschädigt, zu Wanderungen gezwungen oder auf wenige Inseln gedrängt, es entstehen Veränderungen und neue Arten von Lebewesen auf Grund neuer Lebensbedingungen. Das zahlreich erscheinende Publikum bestand fast ausschließlich aus Mitgliedern des Tierbundes und brachte den Vorträgen das weitest größere Interesse entgegen.

Die Grippe in Berlin. Der Krankenstand in den Krankenhäusern, ebenso die Krankeinzahlen bei der Drankrankenfälle haben nennenswerte Veränderungen nicht gebracht.

Eine öffentliche Mieterversammlung findet am Mittwoch, den 19. Januar, abends 7 Uhr, im Beethoven-Saal, Bülowplatz, statt. Referent: Dr. Coegel wird über: Die Aufhebung des gewerblichen Mieterschusses und über die dagegen erlassenen Maßnahmen sprechen. Alle Interessierten sind eingeladen.

1000 Mark „Baufostenzuschuß“.

Ein Taufgeschick.

Frau R., die im Süden von Berlin ein Hausgrundstück besitzt, war auf Grund des Mieterchutzgesetzes wegen einer unangemessenen Forderung zur Verantwortung gezogen und sowohl vom Schöffengericht als auch von der Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden.

In dem Hause der Angeklagten war Frau S. verstorben, welche eine Wohnung von drei Zimmern innegehabt hatte. Als der Sohn der verstorbenen Frau Ansprüche auf die Wohnung seiner verstorbenen Mutter geltend machte, verlangte Frau R. 1000 M. Abstand, weil sie die Wohnung einer anderen Familie in ihrem Hause beziehen wollte, die 1000 M. Baukostenzuschuß für eine von ihr gemietete Neubauwohnung zu entrichten hatte. Diese Summe sollte der Sohn der verstorbenen Frau aufbringen, damit der beabsichtigte Wohnungstausch bzw. Umzug vorgenommen werden konnte. Sowohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer erachteten eine unangemessene Forderung im Sinne des § 49a des Mieterchutzgesetzes für vorliegend, da für die betreffende Wohnung nur eine Miete von 800 M. jährlich zu zahlen gewesen sei. Sei die Angeklagte im unklaren darüber gewesen, ob eine solche Forderung zulässig sei oder nicht, so hätte sie sich beim Wohnungsamt erkundigen müssen. Die Arrestverordnung vom 18. Januar 1917 könne der Angeklagten auch nicht zugute kommen, da sie schuldhaft gehandelt habe. Diese Entscheidung löst Frau R. durch Revision beim Kammergericht an, welches aber die Revision als unbegründet zurückwies und u. a. ausführte, die Verurteilung der Angeklagten auf Grund des § 49a des Mieterchutzgesetzes sei ohne Rechtsirrtum erfolgt. Einwandsfrei sei festgestellt, daß die Angeklagte fahrlässig gehandelt habe, indem sie 1000 M. Abstand für die Ueberlassung einer Wohnung verlangte, um das Geld einem anderen Mieter auszubringen, der in einem Neubau eine Wohnung mieten wollte und 1000 M. Baukostenzuschuß zahlen sollte. Fahrlässigkeit sei bedenkfrei angenommen worden, weil sich die Angeklagte nicht beim Wohnungsamt erkundigt habe, ob sie eine solche Forderung an einen Mann richten durfte, welcher die Wohnung seiner verstorbenen Mutter mieten wollte.

Eine Sprengkapselexplosion ereignete sich gestern nachmittag in der Feuerwerkskörperfabrik von Otto Rieland in der verlängerten Rixdorfer Straße zu Rixdorf. Der 55jährige Feuerwerker Otto R., der durch die Feuerwerksveranstaltungen in Treptow, die zum größten Teil seiner technischen Leitung unterstanden, sehr bekannt geworden ist, wurde gestern nachmittag vermutlich das Opfer eigener Unvorsichtigkeit. Rieland war mit der Fabrikation von Signallampenkapseln für die Reichsbahn beschäftigt. Er hatte bereits eine größere Menge fertiggestellt, als plötzlich eine Sprengkapsel explodierte. R. zog sich erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu. Bei Samaritern der herbeigeeilten Feuerwehr erhielt er zunächst einen Rotverband.

Unter den Rädern des Anhängers. Durch die übte Ursache des Abfahrens von einer in Fahrt befindlichen Straßenbahn wurde gestern abend gegen 6 Uhr am Spittelmarkt ein schwerer Straßenbahnunfall verursacht, bei dem zwei Frauen lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Von einem Straßenbahnzug der Linie 47, der sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte, verlor die 55jährige Malwina H., Elisabether 45 wohnhaft, in der falschen Fahrtrichtung abzuspringen. Sie kam unglücklich zu Fall und rief, einen Halt machend, die 45jährige Ehefrau Elisabeth Z. aus Reichlingen in Württemberg, die zum Besuch in Berlin weilte, mit hinunter. Beide Frauen gerieten unter den Anhänger. Die Feuerwehr mußte herbeigerufen werden, die den Wagen hob und die Verunglückten aus ihrer qualvollen Lage befreite. Frau H. wurde in die Klinik, Regellstraße, geschafft, während Frau Z. im Krankenhaus, Aufnahme fand. Ihr Zustand gibt zu Befürchtungen Anlaß.

Freie Sozialistische Hochschule. Am kommenden Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin, Reichsstraße 5, ein Vortrag vom Genossen Hermann Wendt, Frankfurt a. M., über das Thema: Der neue Balkan im neuen Europa statt. Karten zum Preis von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungslandes, Kurfürstendamm 8, 2. Hof II, Zimmer 8; Buchhandlung S. O. S. Des. (Königsplatz 2); Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Kottbuscher. Die Kursunterlagen: Hauptredaktion Reich, Anhalter 125 (Gewerkschaftsgebäude); Verlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreifaltigkeit 5; Tabakvertrieb, Anhalter 6; „Weltreue“-Bücherhändler, Potsdamer Straße 104; sowie in allen „Demokratie“-Spezialitäten.

Sport.

Tononi-Lorenz weiter in Führung.

Am Nachmittag weist die Arena guten Besuch auf. Die erste Spurhälfte wird sehr lebhaft ausgefahren, dann muß Bauer-van Kempen abermals eine Strafrunde wegen schlechter Haltung hinnehmen. Nach beiden Nachmittagswertungen ergibt sich folgender Stand des Rennens:

Spitze: Tononi-Lorenz 121 Punkte. Zwei Runden zurück: 2. Buchenbogen-Hollembeel 164. 3. Koch-Rielens 116 und 4. Wambst-Lacquehan 80 Punkte. Drei Runden zurück: 5. van Kempen-Bauer 297 und 6. Mac Ramara-Petri 126 Punkte. Fünf Runden zurück: 7. Nausch-Hurcigen 45 Punkte. Sechs Runden zurück: 8. Behrendt-Stupinski 123 Punkte. Acht Runden zurück: 9. Seifert-Ranthen 136 Punkte.

Die letzte Nacht. — Keine Feldveränderung!

Stimmunglos umkreist das neue Warm starke Feld in gewohntem mäßigen Tempo die Bahn, gemächlich huc jede Aufregung. Gegen 10 Uhr abends gibt es eine kleine Ueberbahrung. Unter wiederhergestellter deutscher Stiermeister Karl Wittig (bekanntlich stürzte Wittig in Järlch schwer) stellt sich auf einer Ehrenrunde dem Publikum vor. Das Haus klafft Beifall.

Die 10-Uhr-Abendwertung.

Insgesamt sind 3012,300 Kilometer bedeckt. 1. Spurt: Erster Stupinski vor Seifert, Koch und Lacquehan ohne Tempo. Im zweiten will huerigen losziehen, wird jedoch gleich von van Kempen geholt. 1. van Kempen vor Rielens, Hurcigen und Lorenz. Ganz gemütlich holt sich Koch den dritten Spurt vor Seifert, Stupinski und Bauer. Nachdem geht Tononi los. Das angeflagene Tempo legt sich wieder. Und doch gibt es eine Wertung für Bauer-van Kempen, die auf Grund eines Mißverständnisses beide nicht im Rennen waren. Den vierten Spurt sichert sich Lorenz vor Mac Ramara, Bauer und Seifert. Fünftler Spurt: 1. Bauer vor Stupinski, Lacquehan und Tononi ohne Aufregung. Beim letzten Spurt such Mac Ramara vom Felde loszukommen, doch Lorenz packt auf. Van Kempen gewinnt vor Ranthen, Lorenz und Koch. Siebenter Spurt: 1. van Kempen vor Rielens, Stupinski und Tononi. Wieder alles ruhig. Achter Spurt: Hurcigen vor Ranthen, Lorenz und Mac Ramara. Neunter Spurt: 1. van Kempen, Rielens, Lacquehan und Stupinski. Zehnter Spurt: 1. Hollembeel vor Lorenz, Hurcigen und Ranthen.

Nach diese Spurts verläuft ruhig. Nach der Wertung ergibt sich folgender Stand des Rennens: Spitze: Tononi-Lorenz 136 Punkte. Zwei Runden zurück: 2. Buchenbogen-Hollembeel 160. 3. Koch-Rielens 133. 4. Wambst-Lacquehan 85 Punkte. Drei Runden zurück: 5. Mac Ramara-Petri 130 Punkte. Vier Runden zurück: 6. van Kempen-Bauer 325 Punkte. Fünf Runden zurück: 7. Nausch-Hurcigen 84 Punkte. Sechs Runden zurück: 8. Behrendt-Stupinski 136 Punkte. Acht Runden zurück: Seifert-Ranthen 150 Punkte.

Der Maschinist erzählt — —

Von Max Dortu.

Dies ist wahr: Ich bin ein gehobener Deutscher, ich fahre jetzt aber schon zwanzig Jahre auf holländischen Schiffen: als Maschinist. Was ich erzählen will, liegt bereits eine Reihe von Jahren zurück: aber wie eingebrennt lebt es flammend in meinem Erinnern: mehr erfreulich als traurig.

Ich war zweiter Maschinist auf einem alten elenden Reistah, ein Schiff von kaum zweitausend Tonnen Frachtraum. Wir fuhrten ständig mit Reis von Java nach Nordeuropa, zurück nach Asien in Ballast, heißt: leer! Unsere Besatzung bestand aus Malaien. Besatzung heißt hier: Matrosen und Heizer. Wir Weißen waren ja die „Herren Offiziere“, alle sehr dünnhalt, himmelhoch trug der Weiße seine klassische Nase — herrlich herabsehend auf das breite gelbbraune Krähel der Malaien. Und doch waren die Malaien die „besseren Menschen“. Wie? Nun, warten Sie nur, Sie werden schon noch hören. Auch urteilen.

Es war Winterzeit. In Aken hatten wir „getahlt“, Kohlen übernommen. Unser Ziel war Hafen Surabaja auf Nordjava. Im Indischen Ozean packte uns der winterliche Nordostmonsun böse in die Flanke. Der alte leere Reistahn schaukelte wie ein tolles Hoch. Die Seen gingen als milde Brecher über das Schiff hinweg. Die Backbordseite waren schon fortgerissen. Und der Koch jammete, daß er keine Suppe mehr kochen könne: es gab nur noch Steifisch, Rahstau und so —. Uns allen war im Hirnlosten so richtig rammköpfig, von der verfluchten Schaukel her, das dauerte nun schon an die zehn Tage, und es würde wohl noch mal so lange dauern. Denn der Raften wollte nicht von der Stelle. Die Maschinen waren alt wie die Knochen einer Großmutter. Da will denn das Rausen nicht mehr recht vorwärts gehen.

Es war Nacht. Ich lag in der Koje. Ich träumte gerade von den blonden Mädchen in Stockholm — Da wedte mich Jagara, der war einer meiner Heizer, Jagara heißt auf deutsch: Palmwurz.

„Ruhher, schnell! schnellstens!“ rief Jagara Palmwurz mir mit seiner rauhen Gutturalsstimme in beide Ohren: „Schnell, schnell — da ist unten was los.“ Und Jagara zog mich am Arm und Bein aus der Koje heraus, er nahm es mir nicht übel: daß ich stuchend mit dem nackten Fuße nach ihm stieß.

Wir nun von oben her — hin zur Maschine, über Deck weg. Suchst hatten wir 'nen Brecher von früher im Kasten, pudelnah schlüpfen wir durchs Halbbloch hinein in den öligen qualmigen Maschinenraum. Draußen jischte es —. Uha, ich mühte, was los war. Der dritte Maschinist, ein geborener Ire (er hieß Jim Toppen), der war schon an der bösen Arbeit. Im Maschinentunnel war das Hauptdampfrohr undicht. Jagara hielt uns das Licht, 'ne Deffnung (unser Köpfchen konnte noch nicht elektrisches). Und da waren wir nun am Dichten und Verpacken, eingehüllt in Dampf, der Tunnel war weiß von Dampf wie der britische Kanal bei Rebel.

Hö, Jagara — rufe ich: Sol' du uns mehr Verbandzeug, daß wir das alte Rohr hier dicht kriegen, bring auch 'n Armvoll Twixt mit, spate dich: du Sanitäter Jagara, wir Herren Ärzte sind hier auf gefährlichen Operieren.

Aber das war die 'n böses Operieren am Hauptrohr, das Dampfrohr war ein Kranker, der sich mir gefallen ließ, dieser boshafte Kranke schlug keine Kerze tot. Bumm! Biff! Nichts! Alles war aus.

Ich kam nach etwa drei Tagen wieder zu mir. Ich lag in meiner Koje ganz in Wollwolle eingehüllt, die Watte an Bord war längst alle verbraucht. Ich war verbrüht. Unterm ausströmenden überhitzten Dampf hatte mich Jagara mit eigener Lebensgröße aus dem Maschinentunnel herausgeschleppt. Das Rohr wollte uns mit seinem gähenden Dampfatem das Leben ausblasen. Bei mir gelang's nicht ganz. Aber der dritte Maschinist war tot. Nach hatte ihn schon über Bord geworfen, in eine britische Flagge eingehüllt, mit sechs alten Feuerrosten drin, zu fischen waren sie in die Tiefe gefahren, nur etwa kleine 5000 Meter.

Jagara war mein guter Pfleger. Ich hatte furchtbaren Hunger. Auch der Geneser bekam mir gut. Aber mein Fleisch am Körper schmerzte mir sehr, besonders in der Bauchgegend. Das ganze Fell von der Plauze war abgetrieblt, ich dachte: da kommt nun wohl 'n fiherner Deckel über die Gedärme. Auch meine Brust und Arme und Gesicht waren verbrüht. Später sah ich mich im Spital zu Surabaja wie einen rotgeglöhten Krebs. Im großen Spiegel, der waren die Augen der holländischen Krankenschwester. Einmal habe ich Krebs die schöne Schwester 'n bißchen gekniffen, die wurde wütend: aus Horn biß sie mich in die Lippen, ich sagte: Uih, Pletchen, das is wie 'n Kuh.

Auch Jagara war verbrüht, aber nicht schlimm. Nur so schlimm, daß er keine Kohlen zu schippen brauchte. Er ward verbrüht, als er mich rettete. Er schleppte mich zuerst aus dem heißen Dampfe heraus. Als er dann den Jim Toppen noch holen wollte, meinen dritten Kollegen, den Iren, da war es schon zu spät, der Jagara riß dem Jim Toppen den Arm aus: so weiß war der schon verbrüht. Mensch, Dampf ist was Schreckliches. Wehe, wann der frei wird, dann rächt er sich dafür, daß wir ihn inbreiten und fesseln, unsere Maschinen zu treiben. Ich behaupte, der Dampf ist etwas Lebendes und Fühlendes: der Dampf ist die Seele des Wassers!

(Schluß folgt.)

Bebel und die erste Internationale

(Nach Briefen von Bebel an Joh. Ph. Bebel.)

Von B. Kampffmeyer.

August Bebel lernte 1865 die von Karl Marx verfaßte Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterverbindung an. Er nahm dann Führung mit dem alten Revolutionär Johann Philipp Bebel, der seit 1866 den „Vorboten“ herausgab und die deutsche Sektionsgruppe der Internationale in Gent leitete. Bebel unterrichtete Bebel über die Fortschritte der deutschen Arbeiterbewegung und besprach mit diesem die Aussichten für die Fortentwicklung der Internationalen. Bebel beabsichtigte, eine Sektion der Internationale in Deutschland zu gründen und den „Vorboten“ nach Deutschland zu verlegen. Bebel schrieb ihm darauf am 9. Oktober 1867:

Gebierter Freund und Gesinnungsgenosse!

Ihre Wünsche bezüglich der Gründung einer Sektion der Intern. Arb.-Gen. werde ich zu verwirklichen suchen, werde jedoch in dieser Sache nicht eher etwas tun können, bis der Reichstag geschlossen ist und ich wieder definitiv hier am Plage bin. Ob Ihr Wunsch, die Redaktion des „Vorboten“ hierher zu verlegen, sich verwirklichen läßt, darüber will ich kein bestimmtes Urteil fällen. Tatsache ist, daß die Schwestern derjenigen, welche sich ernsthaft um die sozialdemokratische Bewegung kümmern, schon so mit

Ausgleichende Gerechtigkeit.



Lützwitz: „Ihren Mann haben die Kaptruppen erschossen! — Tut nichts, ich beziehe ja Pension dafür!“

Arbeiten befallen sind, das neues hinzunehmen kaum ratsam sein dürfte. Der Mangel an Kräften macht sich gegenüber dem Bielefeld und den vielseitigen Ansprüchen auch bei uns geltend. Indes, ich werde mit Freund Liebknecht und den übrigen Gesinnungsgenossen die verschiedenen Punkte beraten und Ihnen Nachricht zukommen lassen.

Im ganzen läßt die Bewegung manches zu wünschen übrig. Die Klümmen Zeiten (Bedienstlosigkeit und Teuerung) hatten viele von den Vereinen fern, letztere haben infolgedessen mit materiellen Sorgen zu sehr zu kämpfen. Die Diszipliniertheit der Reichstagsabgeordneten legt den Vereinen innerhalb der Wahlbezirke, wo demokratische Abgeordnete gewählt sind, ebenfalls nicht unerhebliche Opfer auf, da ist es denn kein Wunder, wenn die Resultate noch offen Seiten ungenügende sind. Ich fürchte oder hoffe, wie Sie wollen, das alte Staatsgebäude Europas wird über kurz oder lang mit einem gewaltigen Ruck zusammenbrechen, lange kann es in der bisherigen Weise nicht fortdauern, das sieht man selbst in Kreisen, die einer gemäßigten Umwälzung feind sind. Wir wollen aufpassen, daß aus dem Chaos, was dann folgt, was Lützwitzes sich herausbildet.

Mit freundschaftlichem Gruß
Ihr K. Bebel.

Leipzig, den 9. Oktober.

Die Verlegung des „Vorboten“ nach Deutschland und die Begründung einer Sektion der Internationale in Deutschland liegen sich nicht verwirklichen. Die junge sozialdemokratische Bewegung Deutschlands konnte insbesondere internationale Sektion und den „Vorboten“ auf ihren schwachen Schultern tragen. Bebel streifte, um das seinem Freunde Bebel begreiflich zu machen, häufig in seinen Briefen die betrübende soziale Lage der deutschen Arbeiter, vor allem der Arbeiter, die durchschnittlich in guter Zeit bei voller Arbeit kaum drei Taler verdienen. Bebel behauptete wiederholt, die lebhafteste Streikbewegung der Internationale in der Schweiz nicht unterstützen zu können. Er schrieb am 11. Mai 1868 unter anderem an Joh. Ph. Bebel:

„Die Lage unserer Arbeiter in Sachsen und, wie ich hier lese, auch in Berlin ist eine höchst traurige. Die totale Geschäftstotung seit vorigem Herbst, die jetzt erst langsam anfängt aufzuheben, hat unseren Arbeiterstand in eine verzweifelte Lage gebracht, die ihm die Unterstützung seiner leidenden Brüder ganz unmöglich machte. Der Verdienst ist ein so geringer, daß man sich erkundigt fragt, wie es nur möglich ist, noch davon zu leben, und dabei ein Druck der Kapitalistenpartei und ihrer Werkzeuge, der Ihnen aus den Kritiken des „Demokratischen Wochenblattes“ einigermaßen bekannt sein wird. Daß wir letzteres haben, ist ein wahres Glück für uns, es ist ein Ort, wo die Arbeiter ihre gerechten Klagen anbringen können.“

Bebel spricht für die Internationale in einzelnen Stellen und vertritt den „Vorboten“. Er schildert in einem Brief an Bebel, wie die Arbeiterschaft durch den Streik um Schmelzer gestärkt sei, der Streik der Hüttenarbeiter habe „kläglich“ geendet, und die Produktionsgenossenschaftsbewegung müsse große Schwierigkeiten überwinden. Bebel meinte: „Es wird schwer halten, bei unseren verfallenen demoralisierten Zuständen gesunde Genossenschaften ins Leben zu rufen.“ Das deutsche Parlament ermede nach Bebel einen derartig niederschlagenden Eindruck, daß die „Großpreußen gar arg die Köpfe hängen“ lassen. „Sehen doch die eifrigsten Mitarbeiter an dem großen Werk.“ So schreibt Bebel wörtlich an Bebel, „nach gerade ein, daß sie eigentlich nichts anderes sind als Statisten für den konstitutionellen Humbug des Grafen Bismarck.“ (Brief vom 11. Mai 1868.) Bebel stellte dem dringenden Bebel die deutschen Kämpfe und Sorgen immer eindrucksvoll vor Augen, um ihm wohl zu beweisen, wie beschränkt die deutschen Mittel für die Förderung der „Internationalen“ wären. Er verbreitete Kritik des „Vorboten“ in dem „Demokratischen Wochenblatt“ und in der „Arbeiterhalle“ und sandte die Statuten der Internationale an die unter seiner Leitung stehenden Arbeitervereine. Mehr aber konnte er nicht tun, da sich ja der deutsche demokratische Sozialismus erst in seinem eigenen Heimlande ein Existenzrecht zu erkämpfen hatte. Am 16. Juli 1868 schrieb er dann u. a. an Joh. Ph. Bebel:

Gebierter Freund!

Was nun meine Ansicht über den Anschluß an die Int. Arb.-Gen. betrifft, so könnte dieser meiner Ansicht nach nur als deutscher Arbeiterverband in corpore erfolgen, denn jeden einzelnen Verein zu zwingen, der Sektion beizutreten und den vollen Mitgliedsbeitrag zu zahlen, ist unmöglich. Die einzelnen Vereine haben alle ihre besonderen Bedürfnisse, die ihre Kräfte voll in Anspruch nehmen, und die nicht geschädigt werden dürfen, soll nicht die ganze Bewegung aus dem Leim gehen. Ich habe daher die Absicht, zu beantragen, daß sich der Verein mit Zweck und Programm der Int. Arb.-Gen. einverstanden erkläre und den engsten Anschluß an dieselbe erstrebe. Mir wäre wünschenswert, recht bald von Ihnen zu wissen, wie dieser Anschluß am besten bewerkstelligt werden könnte, sehr erwünscht wäre es noch, wenn Sie oder ein anderes Mitglied des Zentralkomitees dem Vereinstag besuchen wollten, um an Ort und Stelle Auskunft zu geben und zugleich ein Zeugnis abzugeben für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen. Ich lade Sie hiermit im Auftrag des Komitees dazu ausdrücklich ein.

Mit Gruß und Handschlag
K. Bebel.

Leipzig, den 16. Juli 1868.

Aus einem Nachwort Bebel's zu diesem Briefe ersieht man, daß die Hauptbedenken gegen den Anschluß „die etwaigen materiellen Zuschüsse an die Zentralverwaltung“ gewesen seien. Liebknecht meinte, das liege schon so machen, daß besondere Steuern nicht erforderlich wären, sondern der

einfache Anschluß unter Akzeptierung des Programms und unter Befassung jeder uns gutdünkenden und den deutschen Verhältnissen entsprechenden Organisation ausreichend sei.“ (Brief vom 18. Juli 1868.)

Der Anschluß an die Internationale, zu dem hier geraten wird, war also außerordentlich los, und er hand die werdende Sozialdemokratische Partei nicht an die Zahlung bestimmter Beiträge. Der Nürnberger Vereinstag deutscher Arbeitervereine erklärte daher nur seine Übereinstimmung mit den Hauptprogrammipunkten der Internationale. Als dann Joh. Ph. Bebel die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter organisatorisch fester an die Internationale knüpfen wollte, schrieb Bebel an Karl Marx, daß ihn die Vorschläge Bebel's „etwas unbehaglich stimmten“. Er (Bebel) habe aus diesen Vorschlägen zu ersehen geglaubt, daß es Bebel darum zu tun sei, die Zeitung für Deutschland in bezug auf die Internationale Arbeiterassoziation in die Hände zu bekommen“. Und Bebel bemerkte kaum weiter in dem Briefe vom 30. Juli 1868 an Marx: „Mein Entschluß war dann auch, auf dem Kongress das unpraktische, ja unausführbare, Zeit und Geld nutzlos kostende Projekt zu bekämpfen, und es freut mich nur, an dem Generalrat der Intern. Arb.-Gen. selbst eine Stütze gefunden zu haben.“

Ein späterer Brief Bebel's an Bebel (16. Juli 1868) besaßte sich mit den Parteistreitigkeiten in Deutschland und mit den Schritten, die zum Kampfe gegen den Passauerer Schweitzer und zur Einberufung des Eisenacher sozialdemokratischen Kongresses unternommen worden waren. Übermals lud Bebel Joh. Ph. Bebel zum Besuch des Arbeiterkongresses ein. Der Eisenacher Kongress legte dann 1869 das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei fest, in dem sich diese Partei, soweit es die Vereinsangelegenheiten anging, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation bezeichnet („sich deren Bestrebungen anschließend“).

Der Anschluß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die Internationale hatte im wesentlichen eine rein ideelle Bedeutung. Er beflagte die Anerkennung bestimmter Grundzüge der Internationale durch diese Partei. Er verknüpfte sie weder materiell noch organisatorisch mit der Internationale. Die junge Partei stand ja selbst noch vor den schwersten Existenzkämpfen.

Die Entführung einer Frau durch einen Gorilla.

Von Zeit zu Zeit wird von Nebern gemeldet, daß Frauen durch Gorillas entführt werden. Diese Meldungen werden meist mit Recht bezweifelt. Darum wird es interessieren, von einem deutschen Augenzeugen eines derartigen schrecklichen Vorfalls die Beschreibung der Entführung einer Frau durch einen Gorilla kennen zu lernen, wie wir sie in einer alten Nummer der deutschen Kolonialwochenchrift „Kolonie und Heimat“ finden.

Der deutsche Feldwebel Rohr erzählt darüber folgendes: Es war am 1. März 1911, als ich von einer mehrwöchigen Dienstreife von Raunde auf dem Lager des Landmessers Wilhelm bei dem Orte Clumo-Webe, hart an der Grenze der beiden großen Stämme Juande und Bakoto enturlaubt, um mich von den ausgestandenen Anstrengungen zu erholen. Ich hatte es mir kaum etwas bequem gemacht, als ich ganz in der Nähe des Buschhautes ein fürchterliches Schreien und Jammern hörte. Der schwarze Koch des Herrn Wilhelm kam ins Haus gestürzt und rief mir mit allen Anzeichen des Entsetzens zu: „Herr, der große Buschmann ist da!“ Schnell packte ich meine große Birchbüchse und rannte in meinen nicht mehr ganz wasserdichten Hantschuhen dem Unhold entgegen. Als ich aber nach wenigen Minuten an dem Hoch ankam, von dem das Geschrei ertönte, bot sich mir ein furchtbarer Anblick. Ein mächtiger Gorilla lag auf einem schwarzen und richtete sein Opfer schrecklich zu, während die Kameraden, mit Buschmessern bewaffnet, in kurzer Entfernung den Schauspiel umstanden, aber nicht wagten, den Unglücklichen aus der Gewalt des Gorillas zu befreien. Als ich mit meiner Büchse in einer Entfernung von etwa 40 Metern erstand, was der Beteiligte nicht entgangen war, erhob sich dieser kampfbereit. Doch das Tier hatte keine Zeit mehr zu einem Angriff. Durch einen Herzschlag getroffen, warnte es nach drei Schritten abwärts, um dann zusammenzubrechen. Der Kampf zwischen dem Schwarzen und dem Affen hatte sich nach der Erzählung der Eingeborenen folgendermaßen abgepielt: Das Tier spazierte gemütlich aus dem Busch heraus, um eine der auf der Farm arbeitenden Frauen zu entführen. Diese begann natürlich fürchterlich zu schreien. Die Männer wurden dadurch aus ihrem gemächlichen Schlaf ausgeschreckt und eilten der Frau zu Hilfe. Der Affe ließ nun von dem Weibe ab, rückte sich dafür aber an demjenigen, der ihm zu nahe gekommen sein mußte. Dieser Mann, den ich nachher nach dem Hospital der Kameruner Mittelbahn an der Kribi-Juande-Strasse bringen ließ, hatte furchtbare Verletzungen. Beide Hände waren total zu Brai gedrückt. Die Wunden waren bis auf den Knochen abgehaut, ebenso die Armmuskeln. Ein Beweis, wach unheimliche Kraft sich ein Tier besitzt. Die Weibchen sind von viel geringerer Größe als die Männchen.

Eine Grippe-Epidemie im 9. Jahrhundert. Die erste Grippe-Epidemie, von der sich eine Nachricht erhalten hat, herrschte, wie die Forschungen Mittwoch's feststellen, im Jahre 855, und zwar trat die Krankheit zuerst in Berlin und Mesopotamien auf, wofin sie von Norden her gekommen war. Der altpersische Chronist Haussa' al Isfahani erwähnt die Epidemie als eine Krankheit, die „ein kalter Wind aus dem Lande des Turkanes (d. h. aus dem Norden) gebracht habe“ und der die Menschen töte, weil „keine Kälte sie befiel. Sie bekamen Katarrh und gingen zugrunde“. Außerdem beschränkt der Chronist die Krankheit so treffend, daß es sich unzweifelhaft nur um eine Grippe-Epidemie gehandelt haben kann.

Ende des französischen Dumpings.

Gefahren für den Staatshaushalt. — Exportvergütungen und Kohlenfrachtermäßigungen.

Am 1. Januar 1926 stand das englische Pfund auf 130 in Paris. Am 21. Juli 1926 zahlte man schließlich 248 Franken für ein Pfund Sterling, und heute gilt das Pfund nur noch 120 Franken. Dieses Auf und Nieder hat der französischen Wirtschaft seit Herbst vorigen Jahres schwere Stöße verlegt. Die Konkurse mehren sich, große Vermögensgegenstände schließen „wegen Reparaturen“, um erst wieder zu öffnen, wenn die das englische Pfund „repariert“ werden sollte, die Restaurants stehen leer und viele Fabriken fast still. Ihre Lasten sind höher als ihre Einnahmen, der Betrieb lohnt sich nicht, und nur die Hoffnung auf bessere Zeiten hindert einstweilen die völlige Schließung vieler Betriebe.

Poincaré hat im Dezember ein Budget aufgestellt, bei dem die Einnahmen um ein Kleines die Ausgaben übersteigen. In diesen Bau droht die neue Wirtschaftslage ein großes Loch zu reißen. Denn das Budget war natürlich darauf basiert, daß die Ausgaben der Bevölkerung, die Uberschüsse der Industrie und des Handels auf der vorangegangenen Höhe bleiben. Statt dessen aber muß sich jeder in seinen Ausgaben auf das äußerste einschränken, Umsätze und Gewinne gehen scharf zurück, so daß die vielen indirekten und auch direkten Steuern die im Budget vorgesehene Höhe nicht erreichen werden.

Das französische Wirtschaftsministerium veröffentlichte letzten den Index für die Engrospreise des Monats Dezember. Der Preisindex stand nach im Juli v. J. auf 733 (auf der Basis von 100 für Juli 1914). Zu gleicher Zeit lautete der Preisindex der ausländischen Waren 1074. Die Differenz enthielt den Dumping-Gewinn des französischen Exportkaufmanns. Aber schon im November lautete der Preisindex für die französischen Waren 698, und der für die importierten 700: das Exportgeschäft verlor an Interesse. Gegenwärtig ist nun das Verhältnis völlig umgekehrt. Von 698 fiel der Index für die französischen Erzeugnisse auf 648:

	Ende Dez. 1926	Ende Nov. 1926
Französische Waren	648	698
Importierte Waren	628	700
Gesamter Preisindex	641	698
Nahrungsmittel	597	648
Industriematerialien	679	747

Daraus geht hervor, daß die Preisentwicklung bei den importierten Waren bedeutend größer war als bei den französischen. Ende Dezember stellt sich dadurch der Preisindex für die französischen Waren auf 648, während er für die vom Ausland importierten Produkte auf 628 lautet: der Massenimport nach Frankreich kann

beginnen, besonders, falls die genannte Tendenz im Januar weiterhin zu Tage tritt. Andererseits müssen die Exporte aus Frankreich mehr und mehr aufhören.

Die Regierung hat zwar nun die Umsatzsteuer für die französischen Exportate abgeschafft, um die Exportfähigkeit Frankreichs zu steigern, aber der Abgeordnete Peyrou schrieb daraufhin an den Finanzminister Poincaré einen Brief und fragte an, wie er sich jetzt den Ausgleich des Budgets denkt. Denn für die Umsatzsteuer auf Warenexporte ist im Budget ein Posten von 460 Millionen Franken vorgesehen, der noch durch nichts anderes ersetzt worden ist.

Auch Herriot hatte seinerzeit mit einem ausgeglichenen Budgetplan aufgemartet. Auch damals hatte man daraufhin schon alles für in schönster Ordnung gehalten. Aber einige Monate später wurde deutlich, wie sehr man sich verrechnet hatte. Infolge der ganz neuen Wirtschaftslage ist die Gefahr, daß sich Poincaré verrechnet hat, natürlich noch viel größer.

Eine französische „Avi“.

Neben der Aufhebung der Umsatzsteuer für Exportwaren sind noch weitere Maßnahmen zur Förderung des Exports und zur Bekämpfung der fühlbar eindringenden ausländischen Konkurrenz in Frankreich getroffen worden. So ist eine Verständigung der französischen Eisenproduzenten dahin erfolgt, den französischen Eisenarbeitern alle für Exportwaren zu verarbeitenden Rohmaterialien zu einem Vorzugspreise zu liefern. Ganz ähnlich wie bei den Vereinbarungen zwischen den deutschen Eisenverbänden und der deutschen verarbeitenden Industrie werden auch hier die Weltmarktpreise zur Grundlage genommen. Die Rohmaterialien sollen nicht unter den Auslandsnotierungen, wohl aber beträchtlich unter den französischen Inlandspreisen geliefert werden. Ebenso sind zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der französischen Kohlengruben, und um der Absatzförderung der französischen Kohlen zu begegnen, Vorzugsseifenbahntarife bis zu 15 Proz. für Kohlenladungen aus Nordfrankreich, dem Saargebiet und Elsass-Lothringen nach der französischen Nordwestküste geschaffen worden, die bisher aus englischen Kohlengruben versorgt wurde.

Die offizielle französische Ziffer über die Arbeitslosigkeit ist zum 13. Januar gegen die Vormoche um rund 50 Proz. erhöht. Die Bilanz des französischen Außenhandels blieb im Dezember noch aktiv. Die Einfuhr belief sich auf 5123, die Ausfuhr auf 5395 Millionen Franken, woraus sich ein Ausfuhrüberschuss von 272 Millionen Franken ergibt.

Unterdeckung gesprochen werden muß. Die Schätzung für das Jahr 1926 ergibt bei Zinn eine weitere Minderung der Herstellung, während der Verbrauch im Gegensatz zu Blei, Zinn und Kupfer gestiegen ist. Die internationale Metallherzeugung, die nun eine Schmälerung ihrer Gewinne durch den scharfen Rückgang des allgemeinen Verbrauchs fürchtet, versucht jetzt, durch scharfe internationale Bindungen die Preise zu stabilisieren. Der wichtigste Versuch war bisher der Zusammenschluß der Kupfererzeuger in der Kupfer-Exportvereinbarung. Das Kartell hatte bisher keine Erfolge; nur die Wiederbelebung der englischen Industrie gestattete vom Londoner Kupfermarkt aus eine kleine Preiserhöhung, die aber vielleicht als zufällig anzusehen ist.

Schwarzweißrote Wirtschaft.

Subventionsgesuch an die Republik!

Zu unserem Bericht über den Krupp-Rückschluß ist ein Nachwort nötig. Das Besondere der Kruppischen Geschäftsführung ist die Rigorosität, mit der die Krupp-Bewirtschaftung ihre finanzielle Sanierung und ihre betriebliche Umstellung auf dem Rücken ihrer Belegschaften durchgeführt hat. Wir haben als charakteristisch für die bei der deutschen Reichsregierung beantragte Krupp-Subvention von 20 Millionen Mark die schwere soziale Notlage gekennzeichnet, in die große Teile der Essener Bevölkerung durch den Abbau der Krupp-Belegschaften gekommen sind.

Auch der Geschäftsbericht sagt ausdrücklich, daß keinerlei finanzielle Schwierigkeiten bestehen, daß die Bankguthaben seit dem 1. Oktober 1926 sogar noch beträchtlich gestiegen sind und läßt erkennen, daß sich die Krupp-Bewirtschaftung dem Subventionsantrag des Essener Oberbürgermeisters nur angeschlossen hat, weil sie sich aus dessen Genehmigung, die vom Standpunkt des Essener Oberbürgermeisters den Essener Arbeitern nur neue Beschäftigung bringen sollte, noch besondere finanzielle Vorteile versprochen. Der Geschäftsbericht, der uns vorliegt, hat nun eine kleine, aber auch äußerst charakteristische Eigentümlichkeit. Er ist nämlich mit einem schwarzweißroten Heftfaden gebunden, bei dem die Farbenwahl nur allzu deutlich zeigt, wie man von der Republik Subventionen einzuweisen bereit ist, auf der anderen Seite aber schwarzweißrotes Scharmachetum die Betriebsführung beherrscht, wofür der Abbau der Belegschaft um ein Drittel und die gleichzeitige sehr gründliche finanzielle Sanierung nur ein allzu deutlicher Beweis sind. Daß Herr Reichskanzler a. D. Dr. Luther in den Ausschüssen der Krupp-Bewirtschaftung berufen worden ist, sollte auch unter diesem Gesichtspunkt zu denken geben.

Ueber die dem Konzern angeschlossenen Großwerke ist noch nachzutragen, daß die Friedrich Krupp-Grusonwerk A.-G. Magdeburg mit einem Reingewinn von 368 000 M., die Friedrich Krupp Germaniawerk A.-G. Riel mit einem geringfügigen Verlust von 162 000 M. abgeschlossen hat und die A.-G. für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie Berlin an den Krupp-Konzern einen Gewinn von rund 82 000 M. abgeliefert hat.

Die Reichsbahn im Dezember. Der Reichsbahnbericht über den Dezember 1926 zeigt für den Monatsdurchschnitt jene tägliche Verlagerung der Wagengestellung um 15 000 Stück (gegenüber November eine Abnahme von 11,45 Prozent), die wir an Hand der Wochenberichte laufend verzeichnen haben. Der starke Rückgang ist vor allem auf das Abflauen der Kohlenverfrachtung nach den See- und Flußhäfen zurückzuführen. Die Kohlenausfuhr über deutsche Straßen ging auf etwa 4,5 Prozent der Novemberausfuhr zurück, also auf weniger als die Hälfte. Gleichzeitig werden die Einnahmen und Ausgaben für November mitgeteilt. Einnahmen von 416,36 streichen Ausgaben von 391,71 Millionen gegenüber, wobei der Dienst der Reparationsschuld mit 44,96 Millionen in den Ausgaben eingerechnet ist.

Der Landbund fürchtet seinen eigenen Namen. Die Verwaltung der Kornhaub A.-G. des Kreislandbundes Grünberg hat die Herabsetzung des Aktienkapitals von 305 000 auf 82 200 M. als auf fast ein Sechstel beschließen, um die in der Vergangenheit eingetretenen Verluste buchmäßig zu bereinigen. Natürlich geht die Kapitalherabsetzung in der Hauptsache zu Lasten der beteiligten Genossenschaften, damit aber auch zu Lasten der Bauern, die dem Landbund hier wieder ins Netz gegangen sind. Für die politische Deffektivität aber außerordentlich interessant und für die Bauernschaft ein warnendes Zeichen von letzterer Einprägbarkeit ist der Beschluß, daß in der Zukunft in der Firma der Zusatz „des Kreislandbundes Grünberg“ gestrichen werden soll. Der Landbund ist also glücklicherweise so weit, angesichts der unzähligen Zusammenbrüche geschieht das allerdings mit Recht, daß mit ihm verbundene Gesellschaften für ihren Kredit fürchten, weil sie seinen Namen tragen und daß die Firma des Landbundes deshalb aus der Deffektivität getilgt wird.

Im Ruhrmontantrust 8 Proz. Dividende. Es scheint jetzt festzustellen, daß die Vereinigte Stahlwerke A.-G. für das Zwischenjahr von sechs Monaten eine Dividende von 4 Proz. verteilen wird. Das entspricht einer Jahresdividende von 8 Proz. auf die Stammaktien. Wenn Herr Böger mit Gewalt die Prognose der Ruhrmontanindustrie im Gegensatz zu Köhner und Louis Hagen ungünstig sehen will, so strafe ihn diese Dividende; denn bei schlechten Erwartungen müßte er sich die 8 Proz. Dividende überlegen. Um so deutlicher wird nun aber, daß es sich bei seiner ungünstigen Prognose um dunkle, sozialreaktionäre Absichten handeln muß.

Herabsetzung der Linoleumpreise. Der Linoleumtrust, der den deutschen Markt vollständig beherrscht, hat der Deffektivität ein Opfer gebracht, indem er die Linoleumpreise herabsetzte, um so die Ungefährlichkeit des Monopols zu beweisen und die Aufmerksamkeit der Deffektivität von den Gefahren der willkürlichen Marktaustragung abzuwenden. Er äußert in einem Schreiben an die Presse das löbliche Bestreben, dadurch auch eine Steigerung des Konsums herbeiführen zu wollen. Wenn der Trust bei dieser Politik bleibt, wird er sich sicher in dieser Erwartung nicht täuschen. Aber das wird abzuwarten sein.

Die Weltmetallwirtschaft.

Produktionsentwicklung und Preise.

Die Weiterzeugung der wichtigsten Metalle ist in einem Maße erweitert worden, wie man es vor dem Kriege kaum annehmen konnte. Dabei erfolgten nicht nur in der Preisbewegung, sondern auch im Verbrauch gewaltige Verschiebungen. Diese Verschiebungen werden sehr deutlich durch den Gegensatz zwischen der alten und neuen Welt.

Die Vereinigten Staaten sind zum Beispiel am Verbrauch von Kupfer im Jahre 1913 mit etwa 33 Proz. beteiligt, im Jahre 1926 dagegen mit etwa 50 Proz. Aus dem starken Anstiegen der amerikanischen Verbrauchsziffern ist auch die Politik der dortigen Metallherzeuger zu erklären, die amerikanische Erzeugung ständig zu erweitern, um sowohl den eigenen Bedarf zu decken als auch die anderen Länder soweit wie möglich im internationalen Geschäft auszuschalten. Bis zum Herbst des vergangenen Jahres konnten die amerikanischen Kupfer-, Blei- und Zinkhütten mit ihrem Geschäft außerordentlich zufrieden sein, denn bis zu diesem Zeitpunkt war der amerikanische Metallverbrauch in allen Industriezweigen so groß, daß die hergestellten Mengen fast ausschließlich vom Inlande absorbiert worden sind. Zum Ende des Jahres 1926 ist ein starker Rückgang eingetreten infolge der schlechteren Beschäftigung vor allem in der amerikanischen Automobilfabrikation. Diese hatte für die fünf bedeutendsten Metalle im Jahre 1925 allein einen Verbrauch von etwa 170 000 Tonnen und im Jahre 1926 von ungefähr 200 000 Tonnen. Der europäische Verbrauch an Metallen dagegen ist durch die deutsche Wirtschaftskrise, durch den Streit in England, durch die Währungsstöße in Belgien und Frankreich und durch die Schwierigkeiten in Rußland viel geringer als im Jahre 1925. Zum Beispiel konnte Deutschland in den ersten 11 Monaten des Jahres 1925 etwa 133 000 Tonnen Blei, 200 000 Tonnen Kupfer und 100 000 Tonnen Zinn einführen. Während derselben Zeit des vergangenen Jahres kamen etwa 82 000 Tonnen Blei, 80 000 Tonnen Zinn und nur 128 000 Tonnen Kupfer zur Einfuhr.

Um die Lage richtig zu kennzeichnen, ist es notwendig, die Steigerung der Kupfer-, Blei- und Zinnerzeugung und den Rückgang des europäischen und in der letzten Zeit auch des amerikanischen Verbrauchs gegenüberzustellen. Die Entwicklung der Zinnwirtschaft und der Zinnpreise ist eine wesentlich günstigere. Den stärksten Preisrückgang hat Kupfer aufzuweisen. Die Preisbewegung in Reichsmark je 100 Kilo ergibt:

	1913	1925	1926	1927 (Januar)
	146,20 M.	135,70 M.	134,50 M.	126,60 M.

Die Erzeugungs- und Verbrauchsziffern ergeben dagegen folgendes (in Tonnen):

	Erzeugung (in Tonnen)			Verbrauch		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
der Welt	1 200 000	1 500 000	1 500 000	1 050 000	1 400 000	1 400 000
Deutschlands	42 000	40 000	41 000	290 000	235 000	145 000
Ver. Staaten	600 000	833 000	900 000	320 000	670 000	720 000

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß die Kupferpreise den Vorzugsstand bei weitem unterschritten haben und daß der

europäische Verbrauch, insbesondere der deutsche, eine starke Senkung aufweist, während die Weiterzeugung in ungeheurem Ausmaß erweitert worden ist.

Die Bleierzeugung ist zwar nicht in dem Maße wie die Kupferproduktion erweitert worden, doch steht sie in keinem Verhältnis zum augenblicklichen Stand des Verbrauchs, während die Preise über dem Vorkriegsniveau stehen:

	1913	1925	1926	1927 (Januar)
	89,— M.	74,— M.	65,— M.	56,— M. je 100 Kilo

	Erzeugung (in Tonnen)			Verbrauch		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
der Welt	1 200 000	1 500 000	1 500 000	1 200 000	1 510 000	1 400 000
Deutschlands	138 000	70 000	75 000	230 000	195 000	115 000
Ver. Staaten	410 000	660 000	670 000	400 000	640 000	620 000

Die Bleivorräte sind sehr erheblich gestiegen. Es ist besonders nach Beendigung der französischen Inflation viel Material, das als Sachwertanlage gekauft worden ist, angeboten worden.

Etwas günstiger steht es in der Zinnwirtschaft aus. Die europäische Bleiwirtschaft hatte bis zum November vorigen Jahres gut zu tun, während zum Ende des Jahres ein Rückgang der Beschäftigung eintrat. Man hofft, daß zum Frühjahr ein Aufschwung der amerikanischen und europäischen Zinnwirtschaft eintritt. Die Preisbewegung ergibt hier folgendes Bild:

	1913	1925	1926	1927 (Januar)
	46,— M.	74,— M.	68,— M.	65,— M. je 100 Kilo

	Erzeugung (in Tonnen)			Verbrauch		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
der Welt	1 001 000	1 130 000	1 200 000	1 000 000	1 200 000	1 100 000
Deutschlands	281 000	50 000	50 000	235 000	142 000	100 000
Ver. Staaten	315 000	520 000	600 000	290 000	461 000	510 000

Die große Verminderung der deutschen Zinnerzeugung im Vergleich zum Jahre 1913 ist darauf zurückzuführen, daß infolge der ober-schlesischen Gebietsverluste der wesentlichste Teil der deutschen Produktion auf Polen überging.

Die Zinnstatistik zeigt ein wesentlich günstigeres Bild, wie überhaupt in diesem Metall infolge des großen Bedarfs der Bleiblechindustrie die Lage geradezu glänzend ist. Die Preise waren in Reichsmark:

	1913	1925	1926	1927 (Januar)
	418,— M.	582,— M.	600,— M.	612,— M. je 100 Kilo

	Erzeugung (in Tonnen)			Verbrauch		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
der Welt	132 000	145 000	142 000	129 000	147 000	151 000
Deutschlands	12 000	1 000	3 000	20 000	11 000	7 000
Ver. Staaten	—	—	—	45 000	77 000	82 000

Amerika hat keine eigene Zinnerzeugung und ist infolgedessen vollständig von England abhängig, in dessen Händen sich fast die gesamte Erzeugung befindet.

Zusammenfassend ergibt sich, daß infolge des Ausbaues der Produktionen eine Uebererzeugung in Zinn, Blei und Kupfer entstanden ist, während in Zinn von einer

Brandenburger Ferienheim-Gesellschaft Naturfreunde e. S. m. b. H. (Sitz Berlin)

Wiederholen beizugehen mit zum Sonntag, den 21. Januar 1927, ab 7 1/2 Uhr, die diesjährige Generalversammlung nach dem Festsitzungsprotokoll, Berl. SO, Rosenfelder Str. 106.

1. Hof 1, mit folgender Tagesordnung ein:
1. Bericht des Vorstandes für das Jahr 1926
- a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Umlaufbescheid zum Jahre 1927.
4. Anträge.
5. Wahlen des Vorstandes, Aufsichtsrats und der Bilanzkommission.
6. Beschlüsse.

Berlin, den 18. Januar 1927.
Der Vorstand: Strauß
Der Aufsichtsrat: Eise.

OPHEL *Größte Produktion der Welt!* **FAHRRADER**

Neu! Große 20-Pfg.-Stücke
Kapitan-Kaubak
echt Kopenhagener Qualität
Wird nur in Papier verpackt geliefert
Verkaufsstellen überall, evtl. durch:
C. Röcker, Berlin, Lichterberger
Straße 22 = Königsstadt 3861

Erfolg
hatten Inserate im
Vorwärts

